

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Teufelsland u. Oesterreich Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltungs-Vereinbarung für 1894 unter Nr. 6019.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1008. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 5. Oktober 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Der Absolutismus im Sterben.

Während in Deutschland und Frankreich die Anhänger des persönlichen Regiments verzweifelt nach dem Strohalm von Ausnahmegesetzen gegen die Umsturzparteien greifen, bricht im Osten das Regierungssystem zusammen, das ihnen allen als höchstes Ideal, als klassischste Verwirklichung des persönlichen Regiments gegolten hatte.

Der Zar ist krank und krank ist sein Reich. Der Zar ist sterbenskrank, und sein Reich geht, in der gegenwärtigen Gestalt, sicherem Untergange entgegen. „Der Zar“ — sagt ein bürgerliches Blatt — „ist der elendeste Mann in ganz Rußland!“ Er hat Recht. Sohn eines Selbstherrschers, dem eine Dynamitbombe im Nu die Selbstherrlichkeit und das Leben nahm, hat er dreizehn Jahre lang die Selbstherrlichkeit versucht. Dreizehn Jahre lang jagte er der glänzenden Utopie nach, als Selbstherrlicher von Gottes Gnaden seinen Willen, sein Denken über den Willen und das Denken der Millionen von „Untertanen“ zu stellen, den Gott auf Erden zu spielen. Dreizehn Jahre lang setzte er sein kaiserliches Ich gegen die Wünsche, die Forderungen, die aus dem Volke heraus laut wurden. Dreizehn Jahre lang kämpfte er, ausgerüstet mit absoluter Macht, nicht gebremmt durch parlamentarische Fesseln, als unumschränkter Diktator, der jeden Widerspruch unterdrücken, jeden Widersprecher zerschmettern konnte, — er, die verkörperte Allmacht auf Erden, der absoluteste und selbstherrlichste Herrscher der Welt, — dreizehn Jahre lang kämpfte er gegen die „Umsturzparteien“. Und die Bilanz? Der Zar liegt im Sterben — sein von Hause aus ungewöhnlich kräftiges Nervensystem ist von den beständigen Aufregungen, der unablässigen Angst und Todesfurcht, und dem nagenden Gefühl der Ohnmacht trotz aller Allmacht zerrüttert, zerschleht, zerstört worden, und der Zar aller Reußen hat heut keine Stätte in seinem weiten Reich, wo er ohne zu zittern sein müdes Haupt hinlegen und ruhig sterben kann. Die Parteien des „Umsturzes“ aber haben in diesen dreizehn Jahren ungeheure Fortschritte gemacht und das ganze gewaltige Reich eilt unvermeidlich der Auflösung zu.

So lange das zarische Rußland auf seinen — wenn auch thönernen — Füßen feststand, hatte die Reaktion in Mittel- und Westeuropa eine sichere Stütze. Diese Stütze geht ihr jetzt verloren. Das — verbunden mit der voraussichtlichen Vahmlegung Rußlands für Eroberungszwecke — ist die hohe politische Bedeutung der Tragödie, die sich jetzt vor unseren Augen vollzieht.

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Audorf. Briefwechsel. Jacques an Sylvia.

Paris, den — 1870.

Meine theure Sylvia, da bin ich jetzt in der großen, großen Stadt. Das Erste, womit meine liebe Familie mir entgegenkam, war, mich zu fragen, welche Kenntnisse ich besäße und womit ich mir eine Stellung zu verschaffen gedächte.

Die Fragen setzten mich in einige Verlegenheit. Ich erwiderte ihnen folgendermaßen: „Ich habe nur Eines gelernt, das ist die unbegrenzte Verehrung der Gerechtigkeit. Ich halte mich für befähigt, der Menschheit interesselos zu dienen und ich würde mich mit dem geringen, was sie mir für meine persönlichen Bedürfnisse bewilligen würde.“

Diese Erklärung wurde mit einem allgemeinen Gelächter aufgenommen. „Ist der naiv!“ hieß es; „er glaubt, daß die Welt sich um ihre anspruchsvollen Diener bekümmert. Er weiß noch nicht, daß die erste Nothwendigkeit für den Mann darin besteht, daran zu denken, sich um jeden Preis vorwärts zu bringen.“ Man versuchte mir auseinander zu setzen, daß nur diejenigen im Leben vorwärts kommen, welche vor Allem nur an sich denken und allein durch Anwendung von Schlaueit und Ausdauer sei es zu erreichen, sich zu bereichern, indem man die Taschen Anderer leert.

In diesem Augenblicke fühlte ich mich recht allein und unglücklich inmitten dieser Welt, welche eine Sprache redet

Dies vorausgeschickt, bringen wir nachstehende Zuschrift von russischer Seite zum Abdruck:

Zar, Adel und Volk in Rußland.

Sehr selten pflegten die russischen Zaren unter ihrem Volke zu erscheinen. Wenn dies aber geschah, so ließen sie auch in einer mehr oder weniger schwingvollen Rede ihre Untertanen wissen, was sie und ihre Regierung zu den betreffenden Zeiten für Land- und Volkswohl zu thun gedenken. In den letzten vier Jahrzehnten der russischen Geschichte sind kaum zwei solcher Reden zu vermerken, von denen eine jede bis zu einem gewissen Grade den Ausgangspunkt für eine beginnende neue politisch-wirtschaftliche Richtung innerhalb der Zarenregierung bildet.

Es war um das Jahr 1859, als Alexander II. unter dem Druck der damaligen Verhältnisse, gezwungen durch die Mißstände, die der Krimkrieg aufgedeckt hatte, gezwungen von den anormalen Zuständen, die das Volk zur Empörung trieben, in einer Versammlung des Adels zu Moskau folgenden ausführte: „Meine Herren! Wir wollen lieber die Leibeigenschaft von Oben abschaffen, bevor sie von Unten abgeschafft wird! In dieser Beziehung werden Sie, meine Herren, mir, dem ersten Adligen und Großgrundbesitzer im russischen Reiche, gewiß beistimmen!“ Diese Worte waren der Ausgangspunkt für die sogenannte „Reformzeit“, deren Aufgabe dem Anschein nach sein sollte: Die Schaffung eines für die befreiten Bauern und für die befreite Gesellschaft annehmbaren Zustandes, in dem sie zufrieden leben könnten — dies alles aber in der Weise, daß der Adel trotz der Aufhebung der Leibeigenschaft in seinem Vorrecht als erster Stand des Landes nicht geschädigt werde. So entstanden: — die Bauernreform, die Gerichtsreform, die Landkastellreform und alle sonstigen Reformen, welche die erste Hälfte der Regierungszeit Alexanders II. ausmachten, während die andere Hälfte von der allmählichen Einschränkung dieser Reformen ausgefüllt wird. Allerdings stellt die Regierungszeit Alexanders II. einen erbitterten Kampf zwischen Adel und Bauer, als Folge ihrer entgegengesetzten Interessen, dar. Und die Interessen zu verfolgen, war man vergebens bemüht. Durch die Bauernemanzipation und andere Reformen wurden die Fesseln der wirtschaftlichen Kräfte gesprengt. Die Bedingungen, unter welchen die Emancipation vor sich gegangen war, zwangen bald den befreiten Bauer, seine lumpige Scholle zu verlassen; er rief zum Leibeigenthum zum Lohnknechten empor, der Adel aber wußte keinen Rath, er wußte nicht, was er ohne den Sklaven beginnen sollte. Allgemeine Armuth auf beiden Seiten, sowohl beim Adel wie beim Bauer, war die Folge. Das allgemeine Elend suchte sich jetzt der rasch zur Macht gekommene Kapitalismus unter der Form der Eisenbahn-Wirtschaft, des Getreide-Exports u. s. w. nach zu machen. So konnte es nicht weiter gehen, und schon während der zweiten Hälfte der Herrschaft Alexanders II. wurde der Rückzug angetreten, indem man die vorher gewährten Reformen auf ein durchaus notwendiges Minimum zurückzuschrauben begann.

Dagegen stand Alexander III. ganz bestimmt vor der Frage: „Die Millionen von Bauern oder die Tausende von Adligen und Großkapitalisten?“ Und seine erste, die zweite Kaiserrede in den

letzten vier Jahrzehnten der russischen Geschichte, gab die Antwort darauf. Triibe waren die Zeiten, in welchen Alexander III. in Moskau getönt wurde. Noch unbedeutender mußten sie aber erscheinen, wenn man bedachte, daß vielfach unter dem Volke die Meinung verbreitet war, in St. Petersburg trage man sich mit dem Plane, die Lage der Bauern durch Zuweisung von Grund und Boden zu heben.

Diesen Gerüchten trat Alexander III. in seiner außerordentlich kurzen Thronrede entgegen, er befahl der Bauerndelegation: „sie möge alle ihre falschen, nur von Hehern und Begütern ihr eingepflanzten Hoffnungen aufgeben.“ Der Zar hat in diesem Falle offen gesprochen und sein Handeln seit 1881 war auch danach: „Alles dem Adel und Großkapital, nichts dem Bauer!“ Dies kann nicht verwundern, denn im heiligen Rußland betrachtet man, genau wie anderswo, den Adel als die einzige und mächtigste Stütze des Throns, woraus natürlich folgt, daß für ihn gehörig gesorgt werden muß, — dem Bauer dagegen — dem „Ruschik“, kann, wie Nekrasow ironisch meldete, — dem kann ein wenig Leiden nur gut thun!

Was wurde von der Regierung nicht angewandt, um den adeligen Nichtsthuern, die nach der Bauernemanzipation völlig unfähig waren, ohne Sklaven zu arbeiten, auf die Beine zu helfen. Das Befehlen aller höheren Beamtenstellen mit Adligen, das Vorrecht dieser bei den neu geschaffenen Stellen (Semsky Malchalinshy u. s. w.), ihre Bevorzugung im Heere, alles dies genügte nicht. Die Zerrüttung des adeligen Grundbesitzes schritt immer fort, die Verschuldung stieg und der größte Theil des Bodens fiel den Händlern zu, der primitiven kapitalistischen Klasse, die den Akkumulationsprozeß des Kapitals in Rußland vollführte und das Volk blutegelartig aussaugt. Vor acht Jahren versuchte man es abermals, indem man die „Adels-Agrarbank“ gründete, dem verachteten adeligen Grundbesitz, der — wie sich das kaiserliche Nestrikt ausdrückt — sehr viel am Mangel von Wirtschaftsmitteln und leichtem Kredit leidet“, zu Hilfe zu kommen. Der Zinssfuß wurde möglichst niedrig gestellt (4 1/2 pCt.) und das Darlehen, für lange Zeit gegeben, konnte bis zur Höhe von 75 pCt. des thatsächlichen Bodenwerthes gewährt werden. Der Adel spottete sich, die Wohlthaten der Regierung nicht ungebraucht an sich vorbeiziehen zu lassen, und als die Bank eröffnet wurde, waren die Straßen Petersburgs förmlich von „nothleidenden“ Junkern überschwemmt. Und das ist begreiflich, da die privaten landwirtschaftlichen Banken nie im Stande waren, unter ähnlichen Bedingungen wie die obige, einen Kredit zu gewähren. Nur der Staatsbank konnte sich den Luxus gestatten, auf Rechnung der Gesamtheit diese Standesinstitution zu errichten, um den im Untergang begriffenen Adelsstand, zum Schutz und Ruhm der Selbstherrlichkeit, wieder zu beleben. Und was erreichte man? In 8 Jahren verlor die Adelsbank 402 517 900 Rubel (fast 900 Millionen Reichsmark nach heutigem Kurse); der Zweck der Darlehen sollte natürlich die Hebung der Landwirtschaft sein. Wie viel aber von dem Geld zu diesem Zwecke gebraucht wurde, ergibt sich wenn man bedenkt, daß von dem vorjährigen Gesamt-Darlehen von 42 110 800 Rubel, die Kunden bloß 12 756 770 Rubel behielten, da sie mit dem Rest vorher gemachte Schulden bedecken mußten. Der Adel hatte einmal von der

so verschieden von der, welche ich gewohnt war zu verstehen und an welche uns Dein guter Vater gewöhnt hatte, deshalb verzweifle ich fast so fern von Euch; von Deinem Vater, der mit seiner Erfahrung und Güte mir rathen konnte; von Dir, deren Anmuth und Schönheit mich getroffen und gestärkt und mir meine ganze Energie und Begeisterung wieder gegeben hätte.

Gestern fand mein Eintritt in das, was man hier „die Welt“ nennt, statt. Zu dem Umstande mußte ich mich auch in diese traurige Diverge zwingen lassen, welche dieser Klasse von freiwilligen Bedienten und Sklaven so wohl zu Gesichte steht.

Man hatte es mir aus Herz gelegt, mit der Frau vom Hause recht liebenswürdig zu sein, einer festen Herzogin, welche, wie man sagt, junge Leute vortheilhaft zu placiren und ihnen brillante Partien zu verschaffen weiß, dank ihrer Verbindungen mit der Gesellschaft und der Diplomatie. Sie empfing mich mit diesem gnädigen stereotypen Lächeln, welches ihr Stand erheischt.

„Wir sind entzückt, mein Herr,“ sprach sie zu mir im Tone einer Beschützerin, „in Ihnen einen ausgezeichneten Rekruten in unseren Salons begrüßen zu können. Wir sind Jamaica dankbar dafür, daß es uns solche Verstärkung sendet, welcher wir wohl bedürftigen. Die Getreuen der Zukunft werden rar, denn die Mehrzahl der jungen Leute desertirt ins Lager der Revolution. Und wir sind doch gewiß nicht undankbar, sondern wissen die Jugend zu belohnen.“

„Ich erkläre mir sehr wohl,“ erwiderte ich, „warum die Jugend, welche kaum den Schulstaub abschüttelte, nicht sehr geneigt ist, sich um Belohnungen zu bewerben.“

„Verut, junger Mann,“ sagte sie, sich entfernend, „daß

das Leben eine fortwährende Bewerbung und der Mensch nichts ist als ein großes Kind.“

Die Herzogin schickte darauf einen alten Diplomaten auf mich ab, dem sie mich vielleicht in folgender Weise empfahl: „Das ist ein kleiner Wilder, welchen man bilden muß. Sehen Sie doch ihn ein wenig zu belehren.“ Nach dem Austausch einiger nichtsagenden Redensarten verstand dieser es, mich nach und nach mit einem Kreis junger Leute von blasser Gesichtsfarbe und bleichsüchtiger junger Mädchen zu umgeben, deren Unterhaltung sich ausschließlich um Toiletten drehte, sowie über den Betrag verschiedener Vermögen, welche man schätzte und abwog wie in einem Krämerladen. Als der Diplomat bemerkte, daß mich das nur sehr mittelmäßig interessirte, zog er mich in ein Gespräch, um mich auszuforschen, ob ich auch in den „guten Grundsätzen“ erzogen sei.

„Wir unterhalten uns da,“ wendete er sich an mich, „von Personen, welche Ihnen wahrscheinlich noch unbekannt sind. Ich begreife sehr wohl, daß das sehr gleichgiltig ist für einen jungen Mann, welcher aus der Fremde kommt, seine Studien beendet hat und bekannter ist mit der Vergangenheit als mit der Gegenwart. Wenn Sie vorziehen, sprechen wir von den berühmten Männern der Geschichte, in deren Gesellschaft Ihnen die schönsten Jahre Ihres Lebens vergingen. Wer ist nach Ihrer Ansicht der größte Mann der römischen Geschichte?“

Auf diese hinterlistige Frage, mit welcher er wie mit einem Probestein auf mich losrückte, erwiderte ich einfach, ohne mich aus der Fassung bringen zu lassen:

„Das Böse hat fast immer über das Gute triumphirt in der Welt; die Geschichte, wie sie in Büchern enthalten und geschrieben von den Siegern, war nie etwas anderes

füßen Frucht genossen, und nun stiegen seine Kreditforderungen von Jahr zu Jahr. Nicht gleichen Schritt mit dem Vorgehen hält natürlich das Verfallten. Schon im ersten Jahre (1888) betragen die Rückstände 518 056 Rubel, nach dem letzten Jahresbericht (1893) aber betragen sie 11 854 117 Rubel. Diese Verschuldung ist in erster Reihe auf das verschwenderische, luxuriöse Leben der russischen Junker zurückzuführen. Dazu kommen die schlechte Bewirtschaftung des Bodens, die ständige Abwesenheit vom Gute u. s. w. Trotz alledem ist die russische Regierung noch immer beflissen, ihren Stützen zu Hilfe zu kommen. In Europa scheinen nun alle Quellen verhegt zu sein. Und da der Eisenbahnbau in Sibirien für die Zukunft glänzende Aussichten eröffnet, erinnerte man sich in St. Petersburg des Planes des sibirischen Generalgouverneurs am Umu, Baron Kors, welcher Plan darin geht, daß man in Sibirien verfrachtete russische Adelige einbürgert, und ihnen zur Sicherung der Ordnung große Grundstücke überlassen soll. Sollte diese neue „Liebesgabe“ dem russischen Adel zu theil werden — woran man wohl kaum zweifeln kann — so ist es noch immer fraglich, ob dem russischen Adel damit geholfen sein wird!

Auch das Glend der Bauern ließ sich nicht ablenken, und sehr bald nach der Thronbesteigung Alexanders III. mußte man in Regierungskreisen an die Schaffung einer bäuerlichen Agrarbank denken. Es wurde eine solche sogar gegründet. Aber was leistete sie? Es war vorzuziehen, daß die zu Vorarbeiten bestimmten 5 Millionen Rubel bei weitem nicht ausreichen würden, um auch nur im entferntesten dem Glend der „Boden- und Pferdelosen“ Bauern abzuhelfen. Wenn man aber noch bedenkt, unter welchen Bedingungen die Bank arbeiten mußte, daß sie z. B. den Bauern, die Boden erwerben wollten, nur den kleinsten Theil des dazu nöthigen Geldes vorschleihen durfte, so ergiebt sich, daß nur derjenige Bauer, der schon ein beträchtliches Kapital besaß, im Stande war, sich der Vortheile, die ihm die Bank bot, zu bedienen. Dadurch machte man die Bank aus einer wohlthätigen Anstalt, die sie sein sollte, zu einem Handelsvermittlungsinstitut. Der Bauer war selten im Stande, mit Hilfe der Bank Boden erwerben zu können, und in den seltenen Fällen, wo er das nöthige Geld besaß und ihm das möglich war, mußte er nur allzubald den erworbenen Boden der Bank zurückliefern, da er die schweren Zinsen, die auf ihm lasteten, nicht zu bezahlen vermochte, und da ihm gegenüber beim Bezahlen keine Rücksicht genommen wird.

Die so jeder Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lage baren, mittellosen Bauern versuchten nun, in Sibirien das ersehnte Grundstück zu erwerben, um sich dorthin vom Glend und der Unterdrückung, die sie im Mütterchen „Rußland“ auszuweichen haben, zu retten. Sie wanderten denn zu Tausenden nach Sibirien. Allein diese Wanderlust paktete der Regierung nicht, und sie wußte ihr auch ein Hemmnis entgegenzusetzen, indem sie bis auf weiteres das Auswandern von der Erlaubniß der Behörden abhängig machte. Und die von der Regierung gemeldete Regelung der Auswanderungsfrage harret bis heute noch einer Lösung.

It es noch notwendig, weitere Beweise für die entgegengesetzte Politik, die in Rußland in bezug auf Adel und Besitzende einerseits, und auf „das gemeine Volk“, die Bauern andererseits, geübt wird, beizubringen, so sei nur noch auf die letzten Pläne hingewiesen mit denen die Zarenregierung das Bauernthum zu beglücken beabsichtigt. Der russische „Mir“, in gewissem Maße weltbekannt, ein Vermächtniß vergangener Jahrhunderte, unterscheidet sich vortheilhaft von den adeligen Einrichtungen dadurch, daß er sich den neuen „kulturellen Errungenschaften“ anzupassen sucht. Der „Mir“ regelt seine Gemeindeangelegenheiten durch direkte Theilnahme aller erwachsenen Gemeindeglieder. Der Tradition gemäß beteiligen sich dabei auch die Frauen, die das volle Stimmrecht besitzen. Der Regierungsvorplan geht nun dahin, das Recht auf Theilnahme an der Regelung der Gemeindeangelegenheiten dahin zu schmalern, daß man dieses nur „ausgewählten, zuverlässigen Elementen“ der Gemeinde zuweist, d. h. einfach: den Besitzenden, welche da sind: der Schnapskubensbesitzer, der Dorfwohner und noch sonstige sog. Kulak's-Abkömmlinge. Andererseits will man die Frauen ganz von der Theilnahme ausschließen und sie somit von ihrem traditionellen Plaz verdrängen. Was das bedeutet, wird Einem erst klar, wenn man bedenkt, daß, wie die Erfahrung deutlich bewiesen hat, die Frauen — die öfters mehr von dem Gemeindegliedern als der Mann — am eifrigsten für die Rechte der Gemeinde eintreten, und daß sie schon sehr viel Unheil verhindert haben, welches gerade die „zuverlässigen Elemente“ anzuführen bemüht waren. So steht die geplante „neueste“ Reform der Gemeindeverwaltung aus.

In diesem trüben Wasser der gewaltsamen Wirtschaftspolitik sichtet natürlich wie immer mit Vortheil der mehr und

mehr um sich greifende Kapitalismus. Der allgemeine Zustand ist aber in folgendem Maße richtig zusammenzufassen: Glend sieht es mit dem Adel, elend mit dem Volk, und wie man in letzter Zeit vernimmt, auch mit dem Zaren selbst.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Oktober.

Der Arbeitstoff für die Parlamente wird nun schon eifrig vorbereitet. Das preussische Staatsministerium hält häufig Sitzungen ab, über deren Zweck freilich nichts verlautet; auch der Bundesrath ist zusammengetreten. In seiner heutigen Sitzung wurde dem Antrag des IV. und VII. Ausschusses, betreffend die Vornahme einer Berufs- und Gewerbezahlung, im Jahre 1895 die Zustimmung ertheilt. Die Vorlagen, betr. weitere Entwürfe von Bestimmungen, betr. Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit in gewerblichen Anlagen, betreffend Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete von Kamerun und Togo, sowie des südwestsibirischen Schutzgebietes für 1892/93 und für 1893/94, betreffend die allgemeine Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1890/91 und der Antrag Waldeck-Pyrmont's betreffend das Ausscheiden der staatlichen Tiefbaubetriebe der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont aus der Tiefbau-Vereinsgenossenschaft wurden den betreffenden Ausschüssen überwiegen. —

Ueber die Massenverhaftung der Feuerwerker schreibt der „Reichs-Anzeiger“ heute:

In verschiedenen Blättern wird Klage geführt, daß die Militärbehörden das Publikum nicht rasch und ausführlich genug über die Vorgänge auf der Ober-Feuerwerkerschule, die zur Abführung einer größeren Anzahl von Unteroffizieren in Untersuchungshaft nach Magdeburg am 30. v. M. Veranlassung gaben, unterrichtet haben.

Diese Klage ist weder berechtigt noch begründet. Solange der Thatbestand eines Vergehens nicht gerichtlich festgestellt ist, wird jede Behörde auf die Veröffentlichung von Einzelheiten zu verzichten haben, wenn sie nicht Gefahr laufen will, sich nach Abschluß des Verfahrens selbst berichtigen zu müssen.

Bis zum 30. v. M. war ein ganz klares Bild über die Entstehung, den Umfang und die Urheber der Ausschreitungen nicht gewonnen, es war also nicht möglich, mehr darüber mitzutheilen, als der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ am 1. Oktober erbracht hatte. Bevor die Untersuchung nicht zu Ende geführt ist, wird sich weiteres kaum darüber sagen lassen.

Im Lande der allgemeinen Wehrpflicht ist es gewiß begreiflich, wenn die Bevölkerung lebhaftes Interesse für alle Vorgänge in der Armee bekundet. Dies Interesse durch eine gründliche Geheimniskammer gering zu schätzen, liegt der Geesverwaltung durchaus fern. Die Armee hat nichts zu verschweigen, sofern nicht das Wohl des Staates und dienliche Rücksichten dazu zwingen.

Wenn im vorliegenden Falle das Publikum durch die im Laufe des Sonntags (den 30. v. Mts.) verbreiteten abentheuerlichen Gerüchte und unbeglaubigten Nachrichten von hochverrätherischen, anarchischen oder sozialdemokratischen Kundgebungen in der Armee peinlich berührt und beunruhigt worden ist, fällt die Schuld lediglich auf die Urheber dieser Nachrichten zurück. Die Wichtigkeit der Montag, den 1. Oktober, gebrachten Angaben des „Reichs- und Staats-Anzeigers“ und des Wolff'schen Telegraphenbureaus kann nur von neuem bestätigt werden, und es dürfte die Erwartung berechtigt sein, daß durch die am 30. September früh getroffene Maßnahme des zuständigen Gerichtsherrn die Ermittlung der Urheber und des ganzen Thatbestandes der auf der Ober-Feuerwerkerschule vorgenommenen groben Ausschreitungen gegen die Befehle der militärischen Disziplin nunmehr rasch erfolgen wird. —

Nationalliberal. Das einzige Blatt, das die idiotische Tendenzlage, Lieblucht habe zur Ermordung des Casimir Perier aufgefordert, für Ernst zu halten sich den Anschein gab und den Widdissim weiter verbreitete, die „National-Zeitung“ läßt sich heute schreiben („man schreibt uns“): „Der „Vorwärts“ bespricht die Verhaftung der 1. Abtheilung der Oberfeuerwerker-Schule in seiner Weise, mit der be-

ordnet. Begreiffst Du jetzt, meine theuere Sylvia, wie ich hier leide, da ich keine mittheilsame Seele um mich habe, Niemand, dem ich frei sagen könnte, was ich denke, wie wir es ehemals thaten?

Meine Einjamkeit erdrückt mich. Mein einzigstes Glück und mein Trost ist Dein liebliches Bild und das Deine verehrten Vaters, welche mir immer vor Augen schweben; aus Ihnen schöpfe ich die Hoffnung, daß unsere Trennung nur eine zeitweilige sein kann; denn ich würde sterben, wenn ich nicht mehr glauben dürfte, daß unsere Herzen für immer vereinigt wären und daß Du nicht die glückseligste, edle Gefährtin meines Lebens wärest.

Sylvia an Jacques.

Morne-Rouge 1870.

Dein Brief hat mir große Freude verursacht, theuere Jacques. Ich bin stolz auf Deine Uneigennützigkeit und Deine Seelengröße. Nie würde ich einen Mann lieben können, der sich selbst durch Speculation und Gewinn sucht entehrt. Es ist möglich, daß man durch solche Selbsterniedrigung andere Frauen gewinnt; wenn aber die Frau das Recht hat, sich selbst als eine Belohnung zu betrachten, so muß sie erkennen, daß nur die Tugend und unerschütterte Leiden einer Belohnung würdig sind. Also Muth, mein Freund, sei überzeugt, daß je mehr Du jetzt leidest, ich Dich um so mehr lieben werde!

Laß Dich nicht durch die Ansicht Deiner Familie von der Nothwendigkeit einer Stellung für Dich abschrecken. Wir sind reich genug und wollen anstatt noch mehr Besitz anzuhäufen, lieber andere von unserem Ueberflusse mitgenießen lassen. Ich werde meinen Einfluß ausüben, damit mein Vater seine Geschäfte hier so schnell als möglich abwickelt und wir um so eher wieder mit Dir vereinigt sind. Unser Leben verfließt hier wie immer, nur daß Du uns fehlst, Deine Abwesenheit hat hier eine große Lücke hinterlassen und mein Vater fühlt am meisten, daß ihm eine Stütze seines Alters fehlt.

Schreibe mir recht ausführlich, denn alles, was Dir begegnet, interessiert mich im höchsten Grade. Du wirst wohl die Kürze meines Schreibens entschuldigen, es ereignet sich hier zu wenig; auch sind meine Gedanken ohnedies nicht hier, sondern bei Dir. Sei überzeugt, daß mir alles ausbieten werden, um so bald als möglich mit Dir vereinigt zu sein. Die Kreise, welche Dich umgeben, scheinen ohne Gefühl für wirkliche Moral zu sein und Gutes und Schlechtes zu verwechseln.

Zweifle an allem, theuere Jacques, nur nicht an meiner Liebe. Deine Sylvia.

(Fortsetzung folgt.)

lannten Tendenz, die Disziplin der Armees zu lockern. Er behauptet, daß die Verhafteten „vermöge ihrer höheren Bildung und Intelligenz einen geringen Theil derjenigen Freiheiten bei Abhaltung ihrer harmlosen Vergnügungen beanspruchten, die dem Heerwesen sogar von der preussischen Polizei anstandslos gewährt werden“. Die „tief betlagenen Unteroffiziere“ werden sodann bedauert und an die „braven Landwehrlente, die sich dem Transport in einem Viehwagen widersetzen“, sodann an die Soldaten der weiterrückten Graudenger Kompagnie (1862) erinnert, „welche einem später für irrthümlich erklärten Hauptmann unter außerordentlich verzeihlichen Umständen den Gehorsam versagten, und welche bekanntlich schwere Strafen trafen“. Im Uebrigen sei dem Vorfalle eine politische Bedeutung nicht beizulegen.

Was die „braven“ Landwehrlente anbelangt, so handelte es sich um einen Akt schwerer Meuterei, wobei die Schuldigen sich noch herausnahmen, direkt an Kaiser Wilhelm I. zu telegraphiren, um ihr angebliches Recht zu suchen.

Um die bekannte Tendenz des „Vorwärts“ in den Kreisen, die das nationalliberale Denunziantenwolk für Ausnahmegesetze breitschlagen will, an den Mann zu bringen, zitiert die „National-Zeitung“ Äußerungen, die sich in unserem lokalen Theil finden und die nur resumieren, was in vielen anderen Zeitungen, liberalen und sogar konservativen, gestanden hat!

Das genügt zur Kennzeichnung der „National-Zeitung“. Von welchem Geiste der Gewährungsmann der „National-Zeitung“ beseelt ist, erhellt aus der Thatfache, daß er es den Landwehrlenten, die nicht im Viehwagen fahren wollten, als besonderes Verbrechen anrechnet, daß sie sich direkt an den König gewandt haben, „um ihr angebliches Recht zu suchen.“ Das kennzeichnet den Schreiber, der hernach auch noch ausführlich, daß der Graudenger Hauptmann seine Kompagnie gar nicht roh behandelt habe, und erst später irrthümlich geworden sei.

Bemerkenswerth ist, daß in der Nachschrift, mit welcher die „National-Zeitung“ die Epistel ihres (wirklichen oder fingirten) Gewährungsmannes begleitet, sehr nachdrücklich erklärt wird, einzig und allein das Gouvernement von Berlin, das in diesem Falle zuständig sei, habe „alle zur prompten gerichtlichen Erledigung der Sache erforderlichen Maßnahmen getroffen.“

Man scheint zu begreifen, daß diese Maßnahmen nicht sehr glücklich waren. —

Die Reichstags-Erfahrungswahl in Stendal-Osterburg findet am 26. Oktober statt. Kandidat der konservativen Partei und des Bundes der Landwirthe ist Amtsrichter Pimburg in Osterburg, der freisinnigen Partei Handelskammer-Sekretär D. Fischbeck in Bielefeld. Die Sozialdemokraten haben Schneidermeister Hinge aufgestellt. Das Wahlergebnis bei der vorjährigen Reichstags-Wahl gestaltete sich folgendermaßen: Es erhielten v. Jagow (kons.) 9319, Fischbeck (freisinnige Volkspartei) 5499, Bug (Soz.) 2989 Stimmen. —

Herrn Constantin Köppler's Vorschlag, einer auf den Staatsstreich basirten Politik, wird von dem größten Theile der Presse abgelehnt. So dumm darf man auch nicht sein, offen den Staatsstreich zu empfehlen, werden doch durch einen Staatsstreich alle Grundlagen der heutigen Ordnung ihrer Mächtigkeit entleert. Die Einzelstaaten werden es sich auch zwei- und dreimal überlegen müssen, bevor sie zum Staatsstreich ihre Zustimmung geben, denn der erste Schritt nur ist schwer, der zweite, der sich gegen die Einzelstaaten richten könnte, wäre leichter.

Wir haben schon oft betont, daß wir eine Staatsstreichspolitik am allerwenigsten zu fürchten haben.

Amüsant ist, was die „Germania“ Herrn Constantin Köppler in's Stammbuch schreibt:

Es ist ein „Kaatserhalterer“ Mann, der das schreibt, ja noch mehr ein „Staatsretter“. Daß mit dem Rechte des Volks und Parlaments auch das Recht der Regierungen und des Kaisers den Boden verliert, berührt den Herrn nicht. Er war übrigens schon öfters ein „Staatsretter“. Vor 21 Jahren z. B. schrieb er in der Gluthhitze des Kulturkampfes ein Buch, in dessen letztem Kapitel es hieß, der Staat werde eventuell dazu schreiten müssen, in Preußen den Katholizismus zu „verbieten“. Man denke sich, die Religion von zehn Millionen Katholiken zu „verbieten“! Wir lachten den Mann dafür aus, Fürst Bismarck aber machte ihn zum Leiter der offiziellen Presse, er wurde Geheimrath und — endlich vor dreiviertel Jahren vom „Neuen Kurs“ in Ruhestand gesetzt. —

Wie's gemacht wird. Das persönliche Regiment ist naturgemäß stets eine Schreckensherrschaft. Es regiert durch den Schrecken — hört der Schrecken auf, so ist es verloren. Aber die Männer des persönlichen Regiments manipuliren mit dem Schrecken nicht bloß nach Unten, sondern auch nach Oben. Wie der König von Bayern, der unglückliche Ludwig II., durch Schrecken am Beifall seiner beiden Rathgeber geführt ward, lassen wir neulich in den Zeitungen. Der ebenso unglückliche Zar Alexander III. von Rußland ist jedesmal, wenn ihm die Aufgaben und Gefahren der Lage aufdämmerten, von seiner Umgebung so gründlich „erschreckt“ worden, daß er schließlich in den Zustand gerathen ist, in welchem er jetzt das allgemeine Mitleid erregt. Doch die Beispiele haben wir viel näher. Dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen wurde, vom Augenblick an, wo sein Geist sich zu unnnachten begann, durch seine braven Höslinge das Schicksal Karls I. von England prophezeit, der vor dritthalb hundert Jahren auf dem Blutgerüste starb, weil er gegen sein Volk gekämpft hatte. Ähnliches geschah auch mit dem Nachfolger Friedrich Wilhelm's IV. Der Redakteur der Bismarck'schen Geschichten (redigirt nach Art der Kaiser Depesch), Herr Poschinger, läßt in seinen jüngsten Veröffentlichungen, unter anderem Klatsch, den Reichskanzler bei einer parlamentarischen Bierweiperei folgendes erzählen:

Er lobe sich eine so einfache, stets auf das richtige Ziel lossteuernde Natur, wie sie unser Kaiser besitze — der dringen vorwärts. Und daran anknüpfend, besprach er seine Erlebnisse aus dem Jahre 1848, wo Friedrich Wilhelm IV. sich hin und her habe ziehen lassen und wo man den Rückzug der Truppen aus Berlin ohne Befehl des Königs habe geben können. Dann kam er auf Konfliktsergebnisse, wo auch hin und her geschwankt worden wäre und wo man das Gemüth des Königs beunruhigt habe. Und dann erzählte er darüber folgendes: Als er 1862 zum Minister ernannt worden sei, sei er dem Könige bis Jüterbog entgegengefahren und habe denselben in größter Niedergeschlagenheit angetroffen. Die babilonischen Herrschaften, von denen der König gekommen, hätten den Konflikt mit dem Landtag für unüberbar gehalten und ihn zum Einlenken zu bestimmen gesucht. Der König habe zu ihm gesagt: „Minister sind Sie geworden, aber nur um das Schaffot zu besteigen, was auf dem Opernplaz für Sie errichtet wird; ich selbst, der König, werde nach Ihnen an die Reihe kommen.“ Der König hoffte zweifellos, ich würde ihm diese Dinge ausreden; — sagte Bismarck — ich that aber als Regentheil, weil ich meinen christlichen und

gegen jede erkennbare Gefahr müthigen Mann launte. Ich sagte ihm, die beiden Fälle hielte ich augenblicklich vielleicht für nicht ganz ausgeschlossen — aber wenn sie eintreten sollten, was sei dann Großes daran gelegen? Sterben mühten wir alle einmal, und es sei gleichgültig, ob ein bischen früher oder später. Er werde dann, wie es seine Pflicht sei, im Dienste seines Königs und Herrn, und der König werde dann in Verteidigung seiner heiligen Rechte, was auch seine Pflicht sei gegen sich selbst und gegen sein Volk. Man brauche ja nicht gleich an Ludwig XVI. zu denken, der sei ja unangenehm gestorben, aber Karl I. habe einen höchst anständigen Tod erlitten, ein solcher, der ebenso ehrenvoll gewesen, wie der auf dem Schlachtfelde.

Also auch Wilhelm I. sah das Schaffot Karls I. Und Bismarck redete dem König nicht aus. „Im Gegentheil“. Er sagte dem König nicht, daß die Fortschrittspartei an nichts weniger denke, als an Fürstenmord oder Fürstenthronsturz; — daß sie nicht die Courage habe, einen Floh zu kniden, geschweige denn einen König zu tödten. „Im Gegentheil.“ So sehr, im Gegentheil, daß Bismarck es hauptsächlich war, der es dem König eingeredet hatte. Und später malte er noch gar viele andere Schreckbilder an die Wand, wenn der König auf die Ansichten und Pläne des „treuen Vasallen“ nicht gleich einging. Wie dieser 1878 mit dem Attentatschreden hantierte, ist in frischem Gedächtnis. Und wir könnten da gelegentlich noch gar manches Hörtörchen erzählen, das nicht allgemein bekannt ist.

Wer aber wissen will, wie die Welt regiert wird, der muß auch diese Hörtörchen kennen. —

Sie haben geschlafen. Auf dem Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie wurde, bei Besprechung des Votums der sozialistischen Kammerfraktion für das Gesamtbudget, von einigen Rednern die Bemerkung gemacht, die Sozialdemokratie dürfe sich nicht auf Zukunftsstaatelei und Utopisterei einlassen, sondern müsse sich auf dem Boden der Thatsachen bewegen. Diese Bemerkung wird von einer Anzahl bürgerlicher Blätter, die überall den bekannten Spaltplatz suchen, weil sie ihn selber im Verhabe, für einen Bruch mit der bisherigen Auffassung der Partei erklärt, und die mehr oder weniger deutliche Cassandra-Prophetie daran geknüpft, auf dem Frankfurter Parteitag werde es deshalb jedenfalls zu heftigen Auseinandersetzungen, vielleicht zum laugersehnten Bruch kommen. Da wir nicht mit der Prophetengabe versehen sind, wissen wir natürlich nicht, was auf dem Frankfurter Parteitag geschehen wird, das aber wissen wir, daß jene Bemerkungen auch nicht ein Wort tadelnder Kritik hervorgerufen werden.

Dasselbe, was die bayerischen Delegierten gegen die Utopisterei und Zukunftsstaatelei gesagt haben, ist schon tausend Mal gesagt worden, und war allezeit Regel der Partei, die anderenfalls, statt heute die mächtigste Partei Deutschlands zu sein, höchstens als Seite vegetiren würde. Die Weisheit ist so alt wie die Partei selbst, und kann, freilich in etwas anderer Form, schon in dem kommunistischen Manifest gefunden werden, das sich, wie jedem Nichtignoranten bekannt, ausdrücklich gegen den utopischen Sozialismus wendet. Den Ignoranten allerdings ist das nicht bekannt, und auch nicht denen, die fast 50 Jahre lang geschlafen haben. Denn das kommunistische Manifest erschien, wie desgleichen den Nichtignoranten bekannt, schon im Februar des Jahres 1848, das kein „tolles Jahr“ geworden wäre, wenn es dieses Manifest gehört und verstanden hätte. —

Der Reaktion leistet der „Freisinn“ eifrig Vorschau. Das Verlangen der konservativen und national-liberalen Presse nach Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, nach Erlass eines neuen Sozialistengesetzes, nach Erdrosselung des Versammlungs- und Koalitionsrechts und wie die schönen Mittelchen der Volksunterdrückung heißen mögen, wird nur in höchst platonischer Weise mißbilligt, aber immer unter dem Zugeständnis, daß dem Wachstum der Sozialdemokratie gegenüber jedes Mittel schließlich anzuwenden sei. Wie beim konservativen Junker der Satz gilt: „Und der König absolut, wenn er unseren Willen thut“, so gilt dem „Freisinn“ das Volksrecht nur so weit, als es dem Bourgeoisinteresse keinen Abbruch thut. Der Erfolg des Bierbojotts übt auf Eugen Richter und den „Freisinn“ dieselbe Wirkung, wie auf die Reptilien- und Kartellpresse irgend ein Dynamit- und Bombenattentat. Daß die Volksüberzeugung als solche zu respektieren, daß sie deutlicher sich diese Kundgebung, um so mehr die herrschenden Einrichtungen auf ihre Haltbarkeit zu prüfen sind und entgegenstehende Ueberzeugungen auf keinen Fall durch offene oder versteckte Gewaltmaßnahmen, durch Staatsstreich oder Rechtskniffe bekämpft werden dürfen, das kommt dem Vater der „Spar-Agnes“ nicht in den Sinn; wie der General v. Kirchhoff für die Ehre seiner Tochter zum Revolver greift, so ist Eugen Richter — doch hier hintert der Vergleich; für seine Person hat Eugen stets der Tapferkeit besseren Theil erwählt; aber ohne Bedenken würde er, wenn er die Macht hätte, die Beleidiger seiner Spar-Agnes tartarischen lassen, und ebenso wenig moralische Bedenken haben, wie die Crispi und Favre. In seiner Machtlosigkeit aber bedeckt sein Sozialistenfressertum ihn nur noch mehr mit dem Stempel der Lächerlichkeit. —

Der Bankrott ihrer Sozialpolitik wird der deutschen Reichsregierung von Herrn Maurice Bloch in den Schriften der französischen Akademie bescheinigt. Er untersuchte die Motive, welche die deutsche Reichsregierung zu ihrer sozialpolitischen Gesetzgebung geführt hat und fand sie richtig in dem Anwachsen der Sozialdemokratie. Da aber dieses Anwachsen nicht in's Gegentheil umgeschlagen, sondern weiter geschritten ist, so hält er die Politik für fehlgeschlagen.

Man müßte von den deutschen Arbeitern eine sehr schlechte Meinung haben, wollte man glauben, daß sie für ein so mageres Linsengericht, wie es unsere Arbeiterschaftliche Entwidlung und die Stärke ihrer Partei zu stehenden Ansprüche verzichten würden. —

Der Mann mit den geknickten Strohdächern, der arme Großgrundbesitzer Graf Kanitz, scheint doch nicht so schwere Noth zu leiden, wie er im Reichstage beweglich zu schillern verstand. Seine Tafel dürfte reich besetzt sein, hatte er doch für die kaiserliche Tafel, von deren Teilnahme er ausgeschlossen war, 240 Forellen übrig. Durch die Zeitungen geht nämlich jetzt folgende Notiz:

Graf Kanitz, der sicher auf eine Einladung zur kaiserlichen Festtafel bei dem letzten Kaiserbesuch in Königsberg rechnete, erbat sich vom Reichstag die Erlaubnis, Forellen für das Festmahl spenden zu dürfen. Das Anerbieten wurde freundlich angenommen und Graf Kanitz ließ 240 Stück Forellen nach Königs-

berg abgehen. Da traf ihn die Depesche, daß er von der Liste der zum Festmahl zu Lebenden gestrichen worden sei. Sofort telegraphirte Graf Kanitz nach Königsberg um Einhaltung der Forellensendung, falls solche noch nicht abgeliefert sei. Die Ablieferung war bereits erfolgt und die Forellen sollen allen Festtheilnehmern trefflich geschmeckt haben.

Der „ruchlose“ Kapitalismus. In der „Kreuz-Zeitung“ vom gestrigen Abend lesen wir:

Berlin, 3. Oktober. Für die entsetzliche Ruchlosigkeit des amerikanischen „Kapitalismus“ kann nichts bezeichnender sein, als die von dem Vorstand des Vereines amerikanischer Versicherungs-Gesellschaften in Chicago herrührende Behauptung, daß die ungeheueren Waldbrände in Minnesota und Wisconsin von den sog. „Holzkönigen“, d. h. den großen, den Markt beherrschenden Holzhändlern angezettelt worden seien, die auf diese Weise „ungeheuerliche Handlungen“ hätten verüben wollen. Wenn ein liberales Blatt meint, von „ungeheuerlichen Handlungen“ könne wohl keine Rede sein, da es in den Vereinigten Staaten kein Forstschutz-Gesetz gebe, so möchten wir diese Richtigkeit dieser Auffassung nicht ohne weiteres zugeben. Ein Bundesgesetz mag nicht bestehen; ob aber die vor allem interessirten „Einzelstaaten“ nicht solche Gesetze erlassen haben, bliebe doch zu untersuchen. Uebrigens aber läßt sich das Verfahren der „Holzkönige“ noch aus anderen Gründen erklären: aus der für alle „Kinge, Truhs“ u. s. w. maßgebenden Erwägung; die Holzpreise in die Höhe zu bringen. Völlig neu wäre derartige Preissteigerung. Preissteigerungen ähnlicher Art, wenn schon nicht in so riesenhaftem Maßstabe, sind schon früher vorgekommen. Die von dem Verein für Sozialpolitik kürzlich herausgegebene Schrift über das Kartellwesen in Europa und Amerika enthält darüber Mittheilungen sehr eingehender Art.

Die „entsetzliche Ruchlosigkeit“ des amerikanischen Kapitalismus wollen wir der „Kreuz-Zeitung“ gern zugeben. Wir glauben bloß, daß es nur einen Kapitalismus giebt, und daß dieser in Europa genau ebenso „entsetzlich ruchlos“ ist, wie in Amerika. Und speziell möchten wir die „Kreuz-Zeitung“ fragen, ob eine künstliche Erhöhung der Holzpreise „ruchlos“ ist als eine künstliche Erhöhung der Brotpreise? Unseres Erachtens verdient der junkerliche Brotflorwucher, der vermittelst Getreidezöllen dem armen Manne das Brot vor dem Mund vertheuert, mindestens in gleichem Maße wie die amerikanischen Holzspekulanten die Bezeichnung: „entsetzliche Ruchlosigkeit“.

Die „Kölnische Volkszeitung“ hat sich bisher durch die Haltung eines anständigen Gegners der Sozialdemokratie vor anderen Blättern ihrer und anderer Parteien ausgezeichnet. Sie zerstört ihren guten Ruf, wenn sie in einer ihrer letzten Nummern die verlogene Notiz der „Post“ über den Fall Arons und die aus dem Finger geflossene bayerische Korrespondenz der „Kreuz-Ztg.“ über die bewaffnete Sozialdemokratie abdruckt. —

Der Raubbau. Die Produktion in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zeichnet sich durch die rücksichtslose Profitgier aus. Rasche, reichliche Produktion ohne jede Rücksicht auf die künftigen Geschlechter, das ist ihre Maxime. Wägen Städte und Länder zu Grunde gehen, mögen unsere Enkel die Kohlen fehlen, mögen die Felder ausgepflügt werden, das sich in späteren Jahren der Anbau nicht mehr rentirt, was sichts das die profitgierigen Kapitalisten an, wenn sie nur jetzt ihren kolossalen Mehrerwerb einfacken können. Diese Bemerkungen drängen sich uns auf anlässlich der Meldung von einem Erdbeben in Dortmund, über das von anscheinend wohlinformirter Seite der „Volks-Zeitung“ das Folgende geschrieben wird:

Unter dem Stadtheile, in dem die in der Mittheilung über das angebliche Erdbeben genannten Häuser, Straßen und Plätze liegen, hat die Zeche „Der Westfalia“ seit vielen Jahren Steinkohlen gewonnen. Das Bergwerk ist neuerdings außer Betrieb gesetzt, weil seine Grubenfelder abgebaut sind oder doch die Gewinnung der noch anstehenden Kohlen die Kosten nicht mehr deckt. Infolge dessen werden die Grubenbaue nicht weiter mehr in Stand gehalten, das „Hangende“ stürzt ein, und so treten sehr erhebliche Veränderungen in dem Gefüge des Gebirges ein, zumal da auch das Wasser ungehindert seine zerstörende Kraft ausüben kann. Es kommen dann Zusammenbrüche vor, die auf die Oberfläche wie ein Erdbeben wirken können, aber stets nur in einem eng begrenzten Gebiete. Auch in Dortmund ist das Erdbeben nach den vorliegenden Nachrichten weder im Mittelpunkte, noch im östlichen, nördlichen oder südlichen Theile der Stadt, sondern nur über dem Felde der Zeche „Der Westfalia“ und in der nächsten Nähe desselben beobachtet worden. In dem Stadtheile, der über dem angrenzenden Felde der Zeche „Tremonia“ liegt, ist nichts von dem Erdbeben wahrgenommen worden. Auch aus den umliegenden Orten liegt bis heute keine Mittheilung über gleiche Wahrnehmungen, wie sie im Westen der Stadt Dortmund gemacht worden sind, vor. Ebensovienig verläutet etwas über Störungen in den Telegraphenleitungen, die bei Erdbeben stets auftreten. Auch auf dem Observatorium in Poisdam, dessen Instrumente Erdbeben anzeigen, die in einer Entfernung von hunderten von Meilen wahrgenommen werden, scheint nichts beobachtet worden zu sein; wenn es geschehen, so wäre es bereits veröffentlicht worden. Aus alledem geht hervor, daß von einem Erdbeben keine Rede sein kann. Zusammenbrüche verlassener Bergwerke können, wie gerade jetzt das Schicksal Eislebens zeigt, auf der Oberfläche gewaltigen Schaden anrichten.

Die Kapitalisten, die aus dem Bergwerke so vielen Nutzen gezogen haben, sollten verpflichtet werden, dafür zu sorgen, daß ihr Raubbau für Andere keinen Schaden bringt. Maßregeln gegen das kulturfeindliche Gebahren unserer Schlot- und Grubenbarone können vom heutigen Staate nicht erwartet werden, sind sie doch mit den Junkern die besten Stützen der heutigen „Ordnung“, an deren Bestande sie am meisten interessiert sind. Vom Staate etwas zu hoffen, wäre demnach naiv. Aber in immer größeren Volksschichten bricht sich die Ueberzeugung von der kulturfeindlichkeit des Kapitalismus Bahn und dadurch wird der Sieg der Kultur gesichert. —

Aus Ungarn. Die neuesten Debatten in den Delegationen haben bewiesen, daß die Nationalitätenfrage in Ungarn noch immer nicht gelöst ist; daß die Dage gegen rumänische und slowakische Führer, weit davon entfernt die betreffenden Bevölkerungen zu beruhigen, sie in's Gegentheil zu einer energischeren, geschlossenen Aktion angefaßt hat. Ungarische Patrioten, das heißt Bourgeois, haben sich denn auch in einer Liga zusammengeschlossen, genau wie es die Rumänen in der „Liga culturala“ gethan haben. Der Zweck dieses neuen Vereines soll die Vertreibung der ungarischen Nation in der ausländischen Presse sein, so erklärt der Vorsitzende Karol Bontor. In deutsch heißt das die Subventionierung ausländischer Zeitungen seitens der Ungarn, nach dem von den Rumänen gegebenen Beispiel. — Wir könnten gleichgültig der Mauerzeitung zwischen ungarischen und rumänischen Bourgeois zusehen, würde nicht dabei der Dritte: das Proletariat den Kürzeren ziehen. Die ungarischen Behörden, Polizei, Gerichte u. s. w. die aus wachsenden, ungarischen Patrioten bestehen, lassen ihre ganze Wuth, die sie an den Bourgeois nicht läßt können, auf die Proletarier fallen! Darum ist es mit Freuden zu begrüßen, daß

die ungarische Sozialdemokratie unter die rumänischen Banern gegangen ist; ihr erster Erfolg ist von den ungarischen Behörden, durch die Verhaftung des Genossen Horvaz, pünktlich quittirt worden.

Den französischen Bismarck haben Herrn Casimir Perier seine Landsleute getauft. Und es liegt ja allerdings auch in verschiedenen Punkten entschiedene Aehnlichkeit vor. Zum Beispiel in bezug auf „Schneidigkeit“, brutale Reaktionswuth und — Unglücklichkeit. Herr Casimir Perier — der beläufig eine Million drum gäbe, wenn er den fatalen, ihn rettungslos dem Gelächter preisgebenden „Casimir“ los werden könnte — ist um sein theures Leben ebenso besorgt, wie sein pommerisches Vorbild. Gleich diesem, als er noch nicht 37 war, hat er ein ganzes Geschwader von Spiheln, die ihn überall hin begleiten, seinen Wagen zu Pferd und zu Fuß umringen, und in allen möglichen Verkleidungen das „souveräne Volk“ zu vertreten und, wenn das wirkliche Volk nicht: Hoch Casimir! rufen will, diesen Mangel nach Möglichkeit zu ersetzen haben. Gestern lehrte Casimir III. — so nennt ihn, den Enkel seines berühmtesten Großvaters, die republikanische Presse — nach Paris zurück und residirt jetzt im Präsidentenpalast, dem „Elysee“, das zu diesem Zweck — so schreiben die Blätter — „wie eine Festung beim Nahen des Feindes in Vertheidigungszustand versetzt worden ist“. Alle Blüthe, Bäume und Vorsprünge, wo irgend ein Uebelthäter sich verstecken könnte, sind beseitigt worden, und Schwärme von Polizisten, öffentlichen und geheimen, umstreifen das Haus. Natürlich ist der Eindruck auf die Pariser der denkbar schlimmste — „alles vertragen die Franzosen — sagte ein Blatt — nur keinen Feigling.“ —

Sozialistischer Sieg in Frankreich. Bei den letzten Gemeindevahlen in London haben die Sozialisten gestiegt, so daß der dortige Gemeinderath jetzt fast ausschließlich aus Sozialisten besteht. Das ist die Antwort des Volkes auf die Bourgeoislägen über die angebliche Mißwirtschaft in den sozialistischen Gemeindevewaltungen. —

Gegen wen die Anarchistengesetze sich richten. Nach einem Telegramm aus Paris ist gegen den „Parti ouvrier“ (Arbeiterpartei) ein zweiter Prozeß angestrengt worden. Der „Parti ouvrier“ ist ein sozialistisches Organ, das dem Anarchismus ebenso entschieden gegenübersteht, wie die gleichfalls von den Anarchistengesetzern so erbittert verfolgte „Kleine Republik“. —

Der chinesisch-japanische Krieg hat, insolge der unerwarteten militärischen Erfolge der Japaner früher als erwartet war, die unvermeidliche Einmischung der Mächte herbeigeführt. In dem gestrigen, plötzlich zusammenberufenen Ministerrath in London, von dem deutsche Chauvinisten Entschlüsse gegen Frankreich erhofften, wurde über die Lage in China verhandelt, und der Beschluß gefaßt, „zum Schutz der Europäer in China“ eine starke Expedition nach China zu entsenden. Natürlich werden die übrigen Mächte das Gleiche thun, und auch die Vereinigten Staaten werden nicht fern bleiben. Der Schutz der Europäer ist selbstverständlich nur Vorwand — dazu genügen einige Kriegsschiffe. Aber wo Nas ist, sammeln sich die Raben“, heißt es in der Bibel, und das chinesische Riesenreich, das jetzt einen gewaltigen Stoß erhalten hat und Symptome der Auflösung verräth, ist eine Riesenbeute. Die englische Expedition, die aus Indien entsandt wird, soll einen der sog. Vertragshäfen, d. h. der chinesischen Häfen, die Fremden unter gewissen Bedingungen geöffnet sind, besetzen. Es fragt sich nun, ob die anderen Mächte das ruhig hinnehmen werden.

Wie es scheint, wird augenblicklich ein Versuch gemacht, China und Japan zum Frieden zu bringen. Gelingt dies nicht, so steht ein allgemeines Kirchthurm-Wettrennen der Seemächte nach der chinesischen Beute bevor, eine allgemeine Valgerei um die Fegen des Vierhundert-Millionen-Reiches ist unvermeidlich — und vielleicht entwickelt sich aus dieser Valgerei der viele Jahrzehnte hindurch vorbereitete Weltkrieg zwischen England und Rußland. —

Parteinachrichten.

Die Parteikonferenz des Reichstags-Wahlkreises Juch-Welzig-Jüterbog-Ludowalde, welche am 30. September in Welzig tagte, war von 13 Delegirten besucht. Aus den Berichten der Vertrauensmänner ist folgendes hervorzuheben: Von Luckenwalde konnte erfreulicherweise berichtet werden, daß dort neun Lokale zur Verfügung stehen. Der Parteikalender, der „Wältsche Landbote“, wurde von Ludowalde aus in 27 Dörfern verbreitet. Der Delegirte von Dahme hingegen mußte berichten, daß dort gar kein Lokal zur Verfügung sei, daß die Genossen genungen seien, sich ein Haus zu mieten. In Werder und Welzig liegen die Dinge ähnlich, jedoch ist in beiden Orten seit kurzer Zeit je ein Lokal frei. In Treuenbriezen sind Lokale genug vorhanden; hier fehlt es an tüchtigen Agitatoren. — Von einer selbständigen Besprechung des Parteitags wird Abstand genommen. Genosse Gwalb-Brandenburg wird den Kreis mit vertreten. Als Kreisvertrauensmann wird Genosse Gerischer wiedergewählt. Die Parteikonferenz soll in Zukunft 14 Tage bis vier Wochen vor dem Provinzialparteitag stattfinden.

Parteienkonferenzen. Für Döpreußen findet am Sonntag, 7. Oktober, Vormittags 11 Uhr, in Königsberg in der „Föhnigshalle“, Löbenicht'sche Oberbergstr. 14, ein Parteitag statt. Tagesordnung: Die politische Lage und die Agitation, Landarbeiterfrage, Frauenbewegung.

In Lüneburg findet am Sonntag, 7. Oktober, Nachmittags 3½ Uhr im Lokale des Herrn P. Meier für den 15. und 16. hannoverschen Wahlkreis eine Parteikonferenz statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Parteitag, Besprechung über eine wirkliche Landagitation, Verschiedenes.

Eine rettende That. Die „Gefahr“ einer sozialdemokratischen Besetzung der Reichszahl der Stadtverordneten-Mandate in Leipzig muß unbedingt beseitigt werden. Nachdem die Kreishauptmannschaft den Leipziger Bürgerrechts-Vereinigern einen Strich durch die Rechnung gemacht, suchen sie einen anderen Ausweg. Die verklärte Verfassungskommission und Wahldeputation des Rathes der Stadt Leipzig hat sich über eine Vorlage schlüssig gemacht, welche demnach die Stadtverordneten-Versammlung beschickigen wird. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht diese Vorlage, die sich im wesentlichen an das preussische und badenser Dreiklassen-Wahlssystem anlehnt und knüpft daran folgende Kritik: Das „elendeste aller Wahlsysteme“ hat sich also der Leipziger Rath zum Vorbild genommen, um einer starken sozialdemokratischen Vertretung den Einzug in den Stadtverordneten-Saal unmöglich zu machen. Der Besch, das Entkommen soll in Zukunft entscheidend sein für die Ausübung bürgerlicher Rechte. Da nach der Vorlage die abgegrenzten Abtheilungen je ein

Drittel der Stadtverordneten wählen sollen, hätten 4723 Wähler eine doppelt so starke Vertretung im Kollegium als 19 000 Nichtwähler. Dies Verhältnis wird noch fortwährend wesentlich zu Ungunsten der großen Masse insofern verschoben werden, als die ganze wirtschaftliche Entwicklung die Konzentration des Besitzes in immer weniger Händen bedingt. Um diese Tatsache den städtischen Steuerhägern nicht zu grell und ziffermäßig in die Augen fallen zu lassen, soll die Wahlliste in Zukunft nicht mehr in Druck gegeben werden.

Ferner soll auch das Wahlrecht insofern verschlechtert werden, als nur alle zwei Jahre noch eine Erziehung für je ein Drittel der Stadtverordneten vorgenommen werden soll.

Neben den Klassenwahlen sollen Bezirkswahlen eingeführt werden, zu welchem Zwecke nach der Vorlage die Stadt in vier Wahlkreise mit zwölf Wahlbezirken eingeteilt wird.

Gegen diesen reaktionären Plan werden die Leipziger Parteigenossen die ganze unabhängige Bürgerchaft aufrufen und jeder, der noch einen Funken Freiheitsinn sich bewahrt hat, wird sich ihnen anschließen.

Von der Laudagitation. Am 30. September hielt Genossin Zetkin-Eisner in Risenbach (1. badischer Reichstags-Wahlkreis) auf Veranlassung des sozialdemokratischen Vereins Konstanz eine Versammlung ab. Es war die erste derartige in diesem Orte. Die Zuhörer, aus lauter Kleinbauern und Bäuerinnen bestehend, lauschten der Referentin mit großem Interesse und ersuchten Frau Zetkin, recht bald wiederzukommen.

In den Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M., an denen sich, wie bereits mitgeteilt, unsere Parteigenossen diesmal beteiligten, sind folgende vier Genossen als Kandidaten aufgestellt worden: Baumann, Dr. Quard, Schmidt und Knoep.

Als Beitrag zur Entwicklung der englischen Gewerkschaften in sozialistischer Richtung kann eine Abstimmung gelten, die der englische Formverband kürzlich vornahm. Zur Entscheidung stand die Frage: Sollen wir pro 100 Mitglieder 5 Schilling (5 Mark) an den Wahlfonds der Independent Labour Party (unabhängige Arbeiterpartei) zahlen, in Uebereinstimmung mit der Empfehlung seitens des Vorkriegs-Gewerkschafts-Kongresses? Mit großer Majorität entschied sich die Organisation dafür.

Der diesjährige Parteitag der schweizerischen Sozialdemokraten wird für den 27. und 28. Oktober nach Biel einberufen.

Aus Rumänien schreibt man uns: In ihrer Sitzung vom 28. September hat die Parteileitung beschlossen, zu Weihnacht eine außerordentliche Parteitag einzuberufen, es handelt sich um Erledigung wichtiger Fragen für die Agitation. — Am 18. November wird das bis nun wöchentlich erscheinende Parteiorgan „Munca“ eingehen, und an seine Stelle wird eine tägliche Zeitung erscheinen. Die nötigen Fonds sind schon nahezu gesichert.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Eine Wirtin zu Preunghaus bei Frankfurt a. M. sollte sich einer Notiz der „Volksstimme“ zufolge das Leben haben nehmen wollen und sei nur durch Hinzukommen eines Arbeiters daran verhindert worden. Diese Notiz entsprach nicht den Tatsachen, die Wirtin fühlte sich beleidigt und verklagte den Genossen Schmidt, Redakteur der „Volksstimme“. Das Schöffengericht kam wirklich zu dem Schluss, daß in obiger Notiz eine Beleidigung enthalten sei und verurteilte Schmidt zu 100 M.

— Die Zwangshaft gegen den Genossen Baumüller in Magdeburg ist am Mittwoch Mittag aufgehoben und Baumüller entlassen worden. Er saß zur Erzwingung des eidlichen Zeugnisses wider N. N. sechs Monate in Untersuchungshaft. Kurz vor seiner Entlassung wurde in einer anderen Angelegenheit erneute Zwangshaft angeordnet, welche jedoch vorläufig aufgehoben wurde. Er übernimmt wiederum die Redaktion der „Volksstimme“, um den Genossen Richter abzulösen, gegen den sechs Anklagen schweben.

— Wegen Vergehens gegen die Religion standen vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Magdeburg die Genossen Vater und Haarbaum. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, weil durch die Verhandlung eine Gefahr für die öffentliche Ordnung zu befürchten sei. Die Verhandlung wurde zwecks Vornahme weiterer Beweisanträge vertagt.

— Politisch sollen in Sachen jetzt auch Produktverwertungsvereine sein. So hat der Vertheilungsverein in Hübener die Anforderung erhalten, die Mitgliederlisten bei der Polizei einzureichen. Der Verein wird gerichtliche Entscheidung beantragen.

— Polizeilich aufgelöst wurde in Dresden der Diskussionsabend des sozialdemokratischen Vereins für Dresden-Altstadt. Das Thema des Vortrags lautete: Ist Religion Privatangelegenheit? Als der Referent meinte, es müsse eine viel intensivere Agitation für den Austritt aus der Landeskirche getrieben werden, forderte der Ueberwachende zum „Nägeln“ auf. Koch bezeichnender für die Auffassungsweise des Beamten in folgendes: Ein Redner vermaß sich, es für Unrecht zu halten, daß den Kindern in der Volksschule gelehrt wird, daß die Welt in 6 Tagen erschaffen worden sei, während man in den höheren Schulen ganz andere lehre. Wegen dieses „Verbrechens“ wurde die Versammlung aufgelöst.

Der Kravall von Antonienhütte vor dem Schwurgericht.

Erster Verhandlungstag.

Beuthen, 3. Oktober 1894.

Die Verhandlung wird nach neun Uhr vom Vorsitzenden, Landgerichts-Direktor Reichstags-Abgeordneten Sperlich, eröffnet. Im Zeichenkreise des Gymnasiums, wo die Verhandlung stattfindet, drängen sich die Beteiligten: Richter, Geschworene, 57 Angeklagte und an 80 Zeugen. Für die Angeklagten sind an der Thürwand große Verschläge mit Wänteln aus roh gezimmerten Balken aufgestellt. Unter den Geschworenen entsteht eine größere Bewegung, als unter den Angeklagten auch die mitangeklagten Schulkinder in den Saal geführt werden, der eine Knabe ist so klein, daß er über den Verschlag der Anklagebank nicht hinwegsehen kann.

Die Anklagebehörde vertritt der Erste Staatsanwalt Rentwig-Beuthen, die Vertheidigung führen außer dem Rechtsanwalt Marcuse, Breslau die Rechtsanwälte Freund und Freudenberg-Beuthen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wer von den Angeklagten nur polnisch spreche, erheben sich über zwanzig Angeklagte. Es wird deshalb ein Dolmetscher bestellt. Der Vorsitzende warnt die Angeklagten und Zeugen davor, sich zu betrinken. Jeder Betrunkene werde unmissverständlich in Strafe genommen werden. Es wird der Anklagebeschluss verlesen, der den ersten 33 Angeklagten das Verbrechen des Aufruhrs, den übrigen nur das Vergehen, an einem Aufruhr theilgenommen zu haben und den Anordnungen der Behörden nicht Folge gegeben zu haben, zur Last legt. Der Vorsitzende giebt darauf den Geschworenen ein kurzes Resümee der Vorgänge, wie sie von der Anklage behauptet werden und daß sich in wesentlichen mit dem von uns schon mitgetheilten Resümee deckt. Es folgt die Vernehmung der Angeklagten. Der erste Angeklagte Bergmann Helbig soll den ersten Stein erheben und den Ruf „Ruß los“ ausstoßen haben. Er giebt auf Befragen an, er sei nicht in Antonienhütte gewesen, erst später in Bieschowitz zu den übrigen Versammelten gestoßen der Gendarm Bobinla habe ihn aufgefordert, fortzugehen. Er sei nicht gleich gegangen, weil sein Schwager Suchanek an ihn herangetreten sei. Der Gendarm Korditzke habe ihn nun an-

gefaßt und als Arrestanten erklärt. Er habe sich vom Gendarm losgerissen, weil er sich nicht wollte binden lassen. Als dann das Steinwerfen begann, sei er mit seinem Schwager fortgegangen. Er bestreitet, selbst einen Stein geworfen zu haben, er habe nur von Weitem zugehört. Der Angell. Josef Schmotter-mayer ist der Bruder der erschossenen Frau Eisner, er will erst gekommen sein auf die Nachricht, daß seine Schwester erschossen worden sei. In dieser Zeit hätten die Leute schon das Gasthaus mit Steinen beworfen. Er habe wohl gehört, daß die Gendarmen die Menge zum Auseinandergehen aufforderten, aber die Aufforderung nicht auf sich bezogen, da er weit hinter den Gendarmen gestanden. Er bestreitet, selbst Steine geworfen zu haben, will sogar noch andere vom Steinwerfen abgehalten haben. In einem Gendarm habe er gesagt: Was ist denn das für eine verfluchte Mode, hier die Leute zu erschießen, meine Schwester hat ihr erschossen.

Rechtsanwalt Marcuse fragt: Wann haben Sie erfahren, daß Ihre Schwester erschossen worden ist?

Angell.: Etwa um fünf Uhr. Er sei dann solange da geblieben, bis sich die Menge verlaufen hatte.

Der Angeklagte Grubenarbeiter Modzil will um 7 Uhr nach Bieschowitz gekommen sein; er giebt zu, einen Stein geworfen zu haben, aber nur um eine Menge Kinder zu verschrecken. Er räumt weiter ein, ein Fenster des Zimmers, in dem die Gendarmen waren, eingeschlagen zu haben. Er beschuldigt mehrere Mitangeklagte des Steinwerfens.

Der Angeklagte Ridel war am dem Plage bei Antonienhütte und ging nach Redendorf. Um 5 Uhr war er in Antonienhütte, nach Hause ist er um 1/2 Uhr gekommen. Er habe die Aufforderung gehört, sei auch auf die Seite getreten, 30 Schritte etwa vom Plage weg. Er selbst habe nicht geworfen.

Der Angeklagte Polahel giebt zu, ein paar Steine geworfen zu haben, er will sie aber nicht gegen die Gendarmen, sondern in die Menge geworfen haben, damit die Leute auseinander gingen.

Der Angeklagte Jassa will selbst nicht geworfen haben, aber er beschuldigt den mitangeklagten Kobzeniwosty.

Auch die folgenden drei Angeklagten bestreiten, mit Steinen geworfen zu haben. Der vom Angeklagten Modzil bezichtigte Angeklagte Schwarz leugnet, er sagt, Modzil sei ihm feindselig gesinnt.

Der Angeklagte 14 Jahr alte Knabe Jura nel sagt, die Leute haben gerufen: Werst die Hunde todt, die die Frau todt geschossen haben, und da habe er auch geworfen.

Der Angeklagte, Fleischerhohn Rodzeniowski giebt zu, mit Steinen geworfen zu haben. Die Leute hätten ihn dazu aufgefordert.

Der Angeklagte, Schulknabe Czollet, sagt aus, die Leute schrien: Du Hund, wirft Du mitwerfen, und da habe er einen Stein aufgehoben, die Mutter sei aber gekommen, habe ihn tüchtig durchgehauen und er sei nach Hause gebracht worden.

Der Angeklagte, Schulknabe Anton Modzyl, will dem Lehrer und Gendarm das Geständnis, daß er sich am Werfen betheiligt, nur aus Furcht vor Schlägen gemacht haben. Aus der Vernehmung einiger weiterer Angeklagten, die sich alle für nichtschuldig erklären, geht hervor, daß die Aufregung erst dann so groß wurde, als die Frau geschossen worden war.

Der Angeklagte Mathias Eisner ist der Ehemann der erschossenen Frau. Er sei mit seinen Verwandten des Weges daher gekommen, plötzlich sei seine Frau geschossen worden, und er habe nun gar nicht gewußt, was mit ihm vorgehe, was er thun solle.

Die Vernehmung einer Anzahl weiterer Angeklagter ergibt nichts Wesentliches. Sie wollen entweder die Aufforderung des Gendarmen nicht gehört oder ihr sofort Folge geleistet haben. Sie geben auch an, daß Feuerlärm gefallen worden sei und daraufhin seien so viel Leute zusammengeströmt.

Ehe der Vorsitzende die weiteren Angeklagten vernimmt, konstatiert er, daß es sich bei den nun folgenden Angeklagten nur um Aufruhr handele.

Der Angeklagte Prukopp kam nach dem Hütten-Gasthause, als er gehört hatte, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe. Er habe am Tische gesessen und sich unterhalten. Der Wirth habe ihm gesagt, der Amtsvorsteher habe ihm verboten, ihm Bier zu geben. Sogleich sei auch ein Gendarm gekommen und habe ihn brutal angefahren: Ich verbiete Ihnen das Neden. Er antwortete: Sie werden mir wohl die Unterhaltung nicht verbieten dürfen. Da die Beamten so brutal gegen mich vorgegangen — ein reisender Gendarm halte mich schon am Arm gefaßt — wagte ich nicht, die Leute zum Auseinandergehen aufzufordern, ich sagte dem Schwabe, er möge dem Amtsvorsteher bitten, ihm (Prukopp) zu gestatten, eine Ansprache zu halten, in der er die Leute zum Auseinandergehen auffordern wollte. Der Amtsvorsteher erlaubte das nicht, sagte vielmehr, er (Prukopp) solle sich um sich befürmern.

Angeschlagter Sowada bestätigt die Angaben Prukopp's. — Vors.: Sie waren Einberufener der Versammlung, warum haben Sie denn den Leuten nicht gleich in Antonienhütte gesagt, daß die Versammlung zwar einberufen aber nicht stattfinden könne? Sie sind doch eigentlich an der ganzen Sache schuld. — Angell.: Ich hat ja den Amtsvorsteher, das zu gestatten. Der verbot es mir aber.

Der Angeklagte Bergarbeiter Figara will nur über den Platz gegangen sein ohne sich anzuhalten. Er ist mit Prukopp weggegangen. Prukopp hat ihn als seinen Entlastungszeugen angegehen und er glaubt, daß er nur diesem Umstände die Anklage zu verdanken habe.

Ebenso will der Angeklagte Sojna nicht wissen, wie er auf die Anklagebank gekommen sei. Er habe sich für Prukopp als Zeugen gemeldet und daraufhin habe er die Anklage bekommen.

Der Angeklagte Schmiedemeister Walezki kam in Geschäften nach Redendorf, er wollte Geld einziehen. Es sei eine größere Menschenmenge da gewesen und einer habe wie todt am Boden gelegen. Er habe gefragt: Was ist denn dem Manne. Die Leute sagten: Au, die Gendarmen haben ihn todtgeschlagen! Ob er todt war, kann ich nicht sagen. Dann sei ein Gendarm an ihn heran gekommen und habe gesagt: „Ab, der Herr Schmiedemeister ist auch da!“ Sie wollen wir uns auch notiren.

Der Angeklagte Arbeiter Nawrath will zufällig später hingekommen sein. Ein Gendarm habe ihn nach dem Namen gefragt. Er habe gesagt: „Herr Wachtmeister, ich gehe gleich, ich weiß ja gar nicht, was hier los ist.“ Der Gendarm sagte, ich sollte nur den Namen sagen, es werde mir weiter nichts passieren.

Der Angeklagte Arbeiter Kontey erklärt, er habe in Redendorf eine Hebeemaschine gesucht, sie aber nicht getroffen. Es hieß, sie sei in der Menschenmenge und da habe er sie dort gesucht. Dabei sei er aufgeschrieen worden. Die übrigen Angeklagten erklären sich nichtschuldig. Morgen wird mit der Beweisaufnahme begonnen.

Soziale Ueberlicht.

Die Großen fressen die Kleinen auf. Die Konturfe in Hamburg haben nach dem Jahresbericht der Justizverwaltung in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen; während die Zahl Anfangs der 80er Jahre selten 250 überstiegt, betrug sie nach dem Jollanschluß 1889 244 Konturfe, 1890 336 Konturfe, 1891 444, 1892 513 und 1893 608 Konturfe. Die Konturfe entfallen zum großen Theil auf kleinere Geschäfte. Das kleine Geschäft hat am allerwenigsten Vortheil von dem Jollanschluß gehabt, fondern meistens der Großhandel. Unter diesen sind trotz aller Ungunst der Weltlage Zahlungseinstellungen in größerem Umfange nicht vorgekommen.

Entbehrungsloshut. Die Sächsishe Maschinenfabrik zu Chemnitz (vorm. H. Hartmann) erzielte im abgelautenen Ge-

schäftsjahre einen Reingewinn, der sich nach Abzug aller Contingenzen auf 650 387 M. beläuft und vertheilt 7 pCt. Dividende! — Die Hallenserineer Cardinen-Weberei und -Weberei machte mit einem Aktienkapitale von 1 Million Mark einen Reingewinn von 189 168 M., wovon sie 12 pCt. Dividende vertheilt und noch anständige Summen unter verschiedenen Namen „Sparr“ für schlechtere Zeiten. — Der Händchener Steinlohlenbauverein in Händchen erzielte einen Betriebsüberschuss von 187 065 M. und vertheilt 5 pCt. Dividende, während Direktorium und Aufsichtsrath 6844 M. Contingenzen bekommen. — In ihrer Generalversammlung beschloß die Aktiengesellschaft Oberlausitzer Zuderfabrik zu Löbau die Vertheilung einer Dividende von 7 1/2 pCt.

Eine Glendstatistik. Im städtischen Asyl zu Breslau waren im Monat August untergebracht 1075 Männer, 376 Frauen und 47 Kinder, zusammen 1498 Personen, oder durchschnittlich täglich 48. — Außerdem hatten in einem Privatasyll Unterkunft gefunden 136 Männer, 389 Frauen und 250 Kinder, zusammen 775 Personen oder 25 Personen durchschnittlich täglich. Ueberhaupt obdachlos waren in dem gedachten Monat demnach 2273 oder täglich 73 Personen. Und das im Monat August, wo immerhin noch manche Arbeitsgelegenheit mehr vorhanden ist, als im Winter. Mitten im Sommer, wo noch mancher arme Teufel vorzieht, bei Mutter Grün zu übernachten, als in den heiß- und polizeigeschwängerten Räumen der Asyle.

Das Wagennullen, eine der ungerechtesten Maßnahmen gegen die Bergarbeiter steht auf allen deutschen Gruben noch in der höchsten Blüthe. Im Monat September wurden auf der Zeche „Minister Stein“ bei Eving 250 Wagon Kohle genullt. Keinen die Bergleute darüber ihre Unzufriedenheit, so ist das natürlich nur ein Beweis ihrer „grenzenlosen Unverschämtheit und Begehrlichkeit“.

Weit hinter Oesterreich zurück — marschirt Deutschland. Aus Bodebach wird berichtet, daß in den dortigen Eisenbahn-Werkstätten der Achtundtag probeweise mit den bisherigen Lohnbezügen eingeführt wurde.

Von dem Vorstand des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen Deutschlands geht uns folgende Berichtigung zu:

Der Artikel in Nr. 218 des „Vorwärts“, so wohlwollend er den Bestrebungen des Verbandes im Anfang gegenüber steht, hat in bezug auf die am Ende stehenden Bemerkungen nicht der Wahrheit entsprechende Unterlagen und ist deshalb auf unrichtige Schlussfolgerungen gekommen, welche die Bestrebungen des Verbandes ungünstig zu beurtheilen im Stande sind insofern, als der Verband nicht allein für Rentanten und Kassenbeamte errichtet ist, sondern alle Angehörte der Ortskrankenkassen, gleichviel welche Funktion sie zu vollziehen haben, als Mitglieder aufgenommen werden.

Schiedsgerichte oder Einigungsämter nach Muster der für die Schuhindustrie bestehenden sollen, wie das „Sozialpolitische Zentralblatt“ schreibt, in England für jede Industrie eingeführt werden. Bei jedem Streit zwischen Unternehmern und Arbeitern soll das Arbeitsamt eine Enquete über die Arbeitsverhältnisse und über die Geschäftsgewinne veranstalten können und die Geschäftsbücher der Unternehmer einzusehen berechtigt sein, damit die streitenden Parteien sowohl wie das Publikum genau unterrichtet sind darüber, ob die Schlichte eine Lohnherabsetzung, oder ob andererseits im öffentlichen Interesse eine geplante Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter zulässig ist.

Frauenärzte in England. Miss G. Winifred Dixon ist für das gynäkologische Fach der drei staatlichen Krankenhäuser Dublins angestellt worden. — An der Universität Glasgow sind jüngst zum ersten Male in Schottland zwei Damen die Grade eines Baccalaureus der Medizin und eines Magisters per Chirurgie verliehen. Beide Damen, Miss Marion Bothwell und Miss Alice Cumming, absolvirten ihre Studien in Queen Margaret's College, einem Institut, welches im Jahre 1877 gegründet, und im Jahre 1892 zum Frauendepartement der Universität Glasgow erhoben worden.

Gewerkschaftliches.

Verband der Arbeiter-Stenographen-Vereine Deutschlands Neu-Stoße. Die Vereine, welche dem Verbands angehören, werden hierdurch aufgefordert, zu dem am 5., 6. und 7. Oktober in Berlin stattfindenden Stols-Feier keine Delegirten zu senden, da die Feierlichkeiten in bespotteten Lokalitäten be- gangen werden. G. Benschneider, Vorsitzender, Hamburg V, Brennerhof.

Zum Seidenweber-Streit in Bielefeld ist zu berichten, daß die Unternehmer Delius Söhne noch weiteren 22 Arbeiterinnen gekündigt haben, weil sie sich weigerten, die Plätze der Streikenden einzunehmen.

Ein neuer Bergarbeiter-Ausstand scheint im Troppauer Revier (Osterr. Schlesien) zum Ausbruch zu kommen. Auf den Nordbahn-Schächten in Michellowitz verlangten die Schleppler am Dienstag eine Lohnherabsetzung. Da diese bisher nicht bewilligt wurde, ist am folgenden Tage ein Theil der Schleppler nicht eingefahren. Am 4. d. Mts. sind auf den beiden Nordbahn-Schächten von 159 Schlepplern nur 72 und nur 20 Hundstöpfer eingefahren. Auf den übrigen Schächten wird normal weitergearbeitet.

Der internationale Kongress der Eisenbahnarbeiter beschloß die Bildung eines internationalen Ausschusses zum Studium der wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahnarbeiter sowie die Abhaltung jährlicher Kongresse.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

London, 4. Oktober. In der Nähe von North-Merton stieß heute früh dem Schnellzuge, welcher gestern Abend 10 1/2 Uhr von Edinburgh nach London abging, ein ersterer Unfall zu, über den jedoch nähere Details noch fehlen. Wie verlautet, sind der Zugführer und drei Reisende schwer verletzt und beide Lokomotiven des Zuges umgestürzt.

London, 4. Oktober. Eine Glonds-Depesche aus Hongkong vom heutigen Tage meldet, daß der der „Deutschen Dampfschiff-Reederei“ in Hamburg gehörige Dampfer „Bellona“ auf der Reise von Hoga nach Hamburg bei den Paracels vollständig verloren gegangen ist. Die Besatzung und die Passagiere wurden gerettet und in Hongkong gelandet.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Petersburg, 4. Oktober. Entgegen den vielfach im Auslande zirkulirenden Gerüchten, daß die Stellung des Finanzministers Witte erschüttert sei, wird von kompetenter Seite versichert, die Meldung sei gänzlich unbegründet, da der Finanzminister am 12. Oktober wieder die Leitung seines Ressorts übernehme.

Rom, 4. Oktober. Laut königlichem Dekret gehen die Unterrichtsanhaltender der italienischen Kolonien in Port Said in die Verwaltung der Staatsregierung über.

Marseille, 4. Oktober. Gestern sind hier drei weitere Anarchisten, welche an dem Komplott gegen das italienische Konsulat betheiligt gewesen sein sollen, in Haft genommen worden.

New-York, 4. Oktober. Telegraphische Meldungen aus Chicago und Philadelphia zufolge herrscht unter den Deutsch-Amerikanern größte Erregung über die Hartnäckigkeit, mit welcher die Regierung den Sühnjoll auf Juder aufrecht hält. Man macht allgemein das Juder-Syndikat und die sechs Senatoren, welche ihre Stimmen veramt hatten, für die Folgen eines Jollkrieges mit Deutschland verantwortlich.

Arbeiter! Parteigenossen!

Der brutale Willkürakt des Brauereirings harret noch der Sühne. Den Hunderten unschuldig aufs Pflaster geworfenen Arbeitern ist noch keine Genugthuung geworden. Arbeiter und Parteigenossen! Ohne eure opferwillige Unterstützung würden die Gemahregelten der bittersten Noth verfallen und gezwungen sein, um Gnade zu betteln. Die Hochherzigkeit der Berliner Arbeiterschaft hat diese Schmach verhindert. Der erste Sturmangriff des Proletariats scheiterte an eurem Solidaritätsgefühl. Nicht eine Bresche vermochte der Bierring in eure Reihen zu legen. Einig, geschlossen, kampfmüthig und opferwillig seid ihr fest entschlossen, den entbrannten Kampf zum siegreichen Ende zu führen. Arbeiter, Parteigenossen! Euer Wollen garantiert euer Können! Ihr könnt, wenn ihr wollt.

Den zweiten Sturmangriff auf eure Phalanx mußten die dem Bierring Lehensdienste leistenden Saalbesitzer unternehmen. Die Agitation sollte unterbunden, das Mund-todtmachungssystem praktiziert werden.

Auf der Mine, die sie gegraben, sind die Saalbesitzer aufgeflohen. Ihr Wehgeschrei könnte Mitleid erwecken. Arbeiter, Parteigenossen! Selbst der Himmel, auf den der Bierring seine letzte Hoffnung setzte, ist mit uns im Bunde. Die Saison kann dem Ring nicht mehr über die Verlegenheiten hinweghelfen, die mit jedem Tag des weiteren Kampfes sich thurnhoch häufen.

Ausharren bedeutet für uns Siegen. Unsere Position ist uneinnehmbar. Der Stand des Boykotts ist ein vorzüglicher. Wir können zuwarten, ohne entbehren zu müssen. Arbeiter, Genossen! Je konsequenter der Boykott durchgeführt wird, desto nachhaltiger seine Wirkung, desto entscheidender der Sieg. Duldet keine Ausflüchte, keine Ausreden. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Soweit unser Einfluß reicht, muß das Ringbier verpönt werden. Nicht ein Tropfen darf getrunken werden.

Arbeiter, Genossen! Die Bierzufuhr ist eine geregelte. Sie wird mit jedem Tag der Fortdauer des Boykotts eine bessere. Alle Ansprüche können befriedigt werden. Darum widersteht jeder Versuchung, Ringbier zu trinken. Die schwerste Arbeit ist gethan. Die Periode der Organisation des Kampfes war die aufreibendste. Jetzt wird uns der Kampf leicht, weil wir das Terrain zum guten Theil beherrschen. Der Sieg muß unser werden, wenn wir bisher mit gleicher Schärfe und Ausdauer der Parole gefolgt sind.

Hoch der Boykott sämtlicher Ringbrauereien! Trinkt keinen Tropfen Ringbier!

Die Boykottkommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Jub. Max Demhardt, N.W., Hannoverstr. 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde. Niederlage bei Franz Heiser, N., Liebenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde. Niederlage, Edm. Renter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
- Brauerei Tivoli, Strausberg. Niederlage Stabernack, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Danz, Freienwalde a. O. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde. Niederlage Gust. Spieckermann, Weberstr. 66.

Lokales.

Die Liste der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure, die am Sonnabend wieder insgesammt veröffentlicht werden, müssen bis spätestens heute Mittag 1 1/2 Uhr in der Expedition abgegeben sein. Spätere Zustellungen können für die Sonnabend-Nummer auf keinen Fall berücksichtigt werden.

Zum Bierboykott. Die „Vossische Zeitung“ leitartikel in ihrer gestrigen Morgennummer über die „Abwehr gegen die Sozialdemokratie“, wobei sie im speziellen auf die letzten Gewerbe-gerichts-Wahlen und den Bierboykott zu sprechen kommt. Wenn die „Vossin“ bei dieser Gelegenheit ein Klagegedicht darüber anstimmt, daß in den Unternehmerkreisen ein so geringes Interesse für diese Gewerbegerichts-Wahlen sich bekundete, so haben wir dazu wenig zu sagen. Die Herren wissen, daß sie bei dieser Gelegenheit im Großen und Ganzen unter sich sind und da läßt es sie kalt, ob der Schulze oder der Müller sie vertritt. Bei anderen ähnlichen Wahlen, so zum Beispiel zu den Handelskammern, ist die Beteiligung eine noch viel geringere.

Wogegen wir aber Verwahrung einlegen müssen, das ist, der auch in diesem Artikel wieder zu Tage tretende Versuch, den sozialdemokratischen Vertretern im Gewerbegericht zu unterstellen, daß sie ihre Entscheidungen nicht nach bestem Wissen und Gewissen auf grund der in den Verhandlungen zu Tage geförderten Ergebnisse, sondern nach vorgefaßter Parteimeinung treffen. Es heißt diesbezüglich in dem erwähnten Artikel:

„Wo ein sozialdemokratischer Weisiger einem Weisiger aus den Reihen der Arbeitgeber und einem gelehrten Richter gegenübersteht, wird er sich überzeugen lassen. Wo zwei sozialdemokratische Weisiger einen gelehrten Richter überstimmen können, werden sie sich von ihren Partei-Anschauungen auf Kosten des Richters leiten lassen, und die ganze Einrichtung wird verderbt.“

Wir fordern von der „Voss. Ztg.“, daß sie den Beweis für ihre vorstehende Behauptung antritt, so lange aber dieser Beweis nicht erbracht ist, erklären wir die Behauptung als elende Verleumdung unserer in den Gewerbegerichten thätigen Genossen. Wir brauchen unsere Freunde nicht besser zu machen, als sie sind, das aber behaupten wir läßt, daß, was Objektivität und das Beharren anbetrifft, nur dem Recht zur Geltung zu verhelfen, unsere Arbeitervertreter es getrost mit den Angehörigen der Unternehmerklasse aufnehmen können. Wer das Gegenteil beweisen kann, der thue es; aber mit beweislosen Verdächtigungen verschone man uns gefälligst.

Dandelt es sich in dem angefochtenen Artikel bei den Gewerbegerichts-Wahlen um unerwiesene und unerweisbare Behauptungen, so werden in bezug auf den Bierboykott direkte Unwahrheiten vorgebracht. Zunächst begegnen wir wieder der alten Lüge, daß der Bierboykott wegen der Nichtgewährung der Arbeitsruhe am 1. Mai verhängt sei. Wir fürchten, unsere Leser zu beleidigen, wenn wir diese Angabe hier noch einmal richtig stellen würden. Es würde diese Nichtgewährung auch nichts helfen, denn unsere Gegner wollen in diesem Punkte die Wahrheit nicht zu ihrem Rechte kommen lassen, denn geschähe dies, dann erschien selbst in den Philister-Augen die Doppeldeutigkeit als eine unnötige Grausamkeit. Eine weitere Unwahrheit in dem Artikel der „Vossischen Zeitung“ ist die Behauptung, der Bierboykott sei inszeniert, um im Brauerverband den Arbeitsnachweis einzuführen, dessen Leitung sich selbstverständlich in sozialdemokratischen Händen befindet“ und durch den die Brauereibesitzer gezwungen werden sollen, „ohne Wider-

rede jeden Arbeiter einzustellen, der ihnen durch dieses Amt zugewiesen wird.“

Abgesehen davon, daß die Erklärung des Bierboykotts mit dem Arbeitsnachweis so wenig zu thun hatte, wie die Behauptungen der Vossin mit der Wahrheit, so entsprechen auch die sonstigen Angaben über die Einrichtungen des Arbeitsnachweises, wie sie die Brauerei-Arbeiter wünschen, den Thatfachen in keiner Weise. Zunächst ist festzustellen, daß die sozialdemokratische Partei mit der Einrichtung des Arbeitsnachweises gar nichts zu thun hat. Im Gegentheil, unsere Genossen Auer und Singer haben in den Verhandlungen mit den Brauereibesitzern wiederholt und ausdrücklich erklärt, daß sie es ablehnen müssen, in diese Einrichtung, die ausschließlich Sache der Vetheiligten, d. h. der Brauereibesitzer und deren Arbeiter sei, sich einzumischen. Diese Einmischung ist aber von den Vertretern der Brauereien ausdrücklich verlangt worden und an der Weigerung unserer Vertreter, sie zu gewähren, wären bald die ganzen Verhandlungen gescheitert. Aber auch von den Brauerei-Arbeitern selbst wird nicht verlangt, daß ihnen der Arbeitsnachweis ausschließlich übertragen werde. Sie verlangen nur, daß der Nachweis unter gemeinschaftlicher Leitung der Arbeiter und Unternehmer steht und haben sie in diesem Sinne auch ein Arbeitsnachweis-Institut mit den ringsherum Brauereien vereinbart.

Ebenso wenig wie die „Leitung in sozialdemokratischen Händen“, verlangen die Arbeiter, daß die Brauer „ohne Widerrede“ jeden Arbeiter einzustellen haben, der ihnen zugewiesen wird. Daß aber die Arbeiter daran festhalten, daß ihnen ihre Zugehörigkeit zur politischen oder sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, wenn sie sonst für den frei genormten Posten notwendigen Anforderungen entsprechen -- nicht ein Hinderungsgrund für die Uebernahme dieses Postens werde, das kann ihnen nur verdenken, wer à la Stumm das Koalitionsrecht den Arbeitern überhaupt bestritten.

Damit wären wir mit den Anwürfen der Vossin fertig. Wenn der Verfasser des Artikels, der wohl nicht in der Redaktion selbst, doch den Erwerbsgenossen der Ringbrauer den Vorwurf macht, daß sie die letzteren nicht genügend unterstützt haben, so ist das eine Interna unserer Gegner, welche uns nicht weiter berührt. Unter den Arbeitern hat in diesem Kampfe eine glänzende Einigkeit gewaltet, was wohl in erster Linie dem Umstände zu danken ist, daß Recht und Billigkeit ausschließlich auf unserer Seite und nur blankes Unrecht auf Seite der Gegner war.

Zu Sachen des Bierboykotts soll nach der Mittheilung bürgerlicher Blätter Herr Magistratsassessor Dr. Freund die bei Beilegung des Bierboykotts theilnehmenden Faktoren zu einer Zusammenkunft einberufen haben. Unter den Mitgliedern der Boykottkommission ist von einer derartigen Einladung nichts bekannt.

Im Verein der Berliner Weißbier-Wirthe erstattete nach einem Bericht des „Local-Anzeigers“ Herr Rudenburger Bericht über die bekannten Beschlüsse in der letzten Versammlung mit den Brauereibesitzern und der Boykott-Kommission. Der Versammlungsbericht besagt weiter: „Herr Erkstoff konnte der Versammlung noch die Mittheilung machen, daß am Dienstag die Brauereibesitzer eine Sitzung abgehalten haben, in welcher Mittel und Wege gefunden worden sind, um eine Einigung mit der Boykott-Kommission herbeizuführen. (Weisfall.) Auch haben vom 1. Oktober cr. ab die sämtlichen Brauereien den sogenannten Schleuderverlauf des Flaschenbiers eingestellt und liefern von nun an nur noch 30 Flaschen Lagerbier für drei Mark an Privat-kunden.“

Wie die Sache nicht das Mause, so kann das Organ der Herren C. Richter das Denunzieren nicht lassen, sobald Arbeiter in Frage kommen. Was unsere Leser aus den bezüglichen Bekanntmachungen im „Vorwärts“ wissen, hat eine Kommission von Berliner Tabakarbeitern die Organisation einer Agitation gegen die die Tabakindustrie mit dem Ruin bedrohenden neuen Steuermaßregeln in die Hand genommen und eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, wie dieser Gefahr zu begegnen sei. Ueber diesen einfachen Akt der Nothwehr der Tabakarbeiter, der mit der politischen Parteizugehörigkeit rein gar nichts zu thun hat, berichtet nun das freisinnige Blatt in folgender Weise: „Gegen das neue Tabaksteuer-Projekt beabsichtigt die sozialdemokratische Partei eine lebhafteste Agitation zu betreiben. Um dieselbe einheitlicher zu gestalten, ist Deutschland in vierzehn Agitationsbezirke eingetheilt worden. Auch die Einberufung eines neuen Tabakarbeiter-Kongresses ist in Aussicht genommen: Flugblätter, Agitationschriften sollen von Berlin massenhaft nach den Provinzen geschickt werden. In Berlin beginnen die Einspruchs-Versammlungen bereits am 7. Oktober.“

Wir trauten der „Freisinnigen Zeitung“ bisher schon vieles zu, daß sie sich aber in einer Sache, in der sie nach ihrem Programm mit ihren Sympathien doch auf Seite der Arbeiter stehen müßte, zu einer so schloßigen Denunziation erniedrigen würde, das hätten wir doch nicht erwartet. Da es aber geschehen ist, möchten wir bei der Gelegenheit doch auf einen Punkt aufmerksam machen. Da aus einer Reihe von Thatfachen sich ergibt, daß Herr Eugen Richter und sein Blatt, sobald es sich um Arbeiterinteressen handelt, lieber ihre eigenen Parteigrundsätze verleugnen, als den Arbeitern gerecht werden wollen, so wird es für unsere Genossen immer mehr unabweisliche Pflicht, sich für zukünftige Fälle hier zu verhalten gegen-

über der freisinnigen Partei besonders zu überlegen. Wir haben nicht nur auf jene Gegner unser Augenmerk zu richten, welche bereit sind, ihre arbeiterfeindlichen Neigungen durch ihre Abstimmung zu bekunden; sondern unter Umständen sind jene, welche durch Lügen, Verdrehungen und Denunziationen die feindliche Stimmung gegen die Arbeiter schüren, wenn nicht gefährlicher so doch sicher viel verächtlicher. Daß die „Freisinnige Zeitung“ zu feige ist, jene Unterdrückungsmaßregeln gegen die Arbeiter, deren Nothwendigkeit sie durch ihre Verdrehungen und Lügen, indirekt zwar, aber um so drastischer zu demonstrieren sucht, offen zu verlangen, das macht sie in unseren Augen wahrhaft nicht besser. Es hat Zeiten gegeben, wo unsere Partei ein taktisches Interesse daran hatte, zu verhalten, daß die freisinnige Partei aus dem Verzeichniß der Parteien im Reichsparlament ausgelöscht werde; ob dieses Interesse auch für spätere Fälle noch vorhalten wird, erscheint uns nach dem Verhalten des leitenden Organs jener Partei mit jedem Tage zweifelhafter.

Zur Pokalliste. Genz, Gartenstr. 20, schänkt Bier aus der Brauerei von Oswald Berliner, Petrow, Köpenickerstr. 127, verzapft außer dem Bier aus der Brauerei Wilhelmshöhe auch solches aus der Bodbrauerei.

Unbescheidenheit und Taktlosigkeit im Feuerwerks-Laboratorium zu Spandau. Die Zustände in diesem königlich preussischen Musterinstitut sind ja bekanntlich derart, daß die Arbeiterkraft recht häufig deren Erörterung im „Vorwärts“ verlangt. Auch heute tritt wieder die Pflicht an uns heran, an einem Erlaß kurzerhand darzulegen, daß im Feuerwerks-Laboratorium zwar auf eine strenge militärische Zucht und eine gut eingeschaltete bürokratische Instanzenordnung gehalten wird, daß aber die Glückseligkeit und Zufriedenheit der Arbeiter selber Gottes immer noch nicht zum Ideal ausgebildet worden ist. Die Wichtigkeit dieser unserer Anschauung bekundet folgende Bekanntmachung:

Während der Besichtigung dieses Instituts durch den Herrn Departements-Direktor General von Wosler hat ein Arbeiter unter dem Vorwande einer persönlichen Bitte dem Herrn General eine Beschwerde über seinen Meister unterbreitet.

In diesem Verhalten des Arbeiters liegt, abgesehen von dem Mangel an Vertrauen an die Unparteilichkeit seiner Vorgesetzten, eine große Unbescheidenheit und Taktlosigkeit.

Indem ich den Arbeitern hiervon Kenntnis gebe, spreche ich die bestimmte Erwartung aus, daß sich Ähnliches in Zukunft nicht wiederholen wird, widrigenfalls werde ich aber eine unumgängliche Bestrafung auf grund des § 5 der Arbeitsordnung eintreten lassen.

Spandau, den 26. September 1894.

gez. Bah n,
Oberlieutenant und Direktor.

Der angeführte § 5 der Arbeitsordnung lautet:

„Glaubt ein Arbeiter Grund zur Beschwerde gegen seinen Meister zu haben, so bringt er dieselbe bei dem betreffenden Betriebsführer, und wenn ihm die Entscheidung desselben nicht genügt, bei dem Direktor an. Schriftliche Beschwerden, deren Verfasser sich nicht nennt, bleiben stets unberücksichtigt. Wird der Verfasser derartiger Schriftstücke ermittelt, so hat derselbe Entlassung und geeigneten Falles strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.“

Wir haben vorhin von militärischer Zucht zc. im Musterinstitut gesprochen. Wir gestehen aber, daß wir mit diesem Vergleich der Militärverwaltung Unrecht thun. Die Vorschriften über den Dienstweg und die Behandlung von Beschwerden der Militärpersonen zc.“ vom 6. März 1873 sind bekanntlich in der Erkenntniß, daß den veränderten Zeitverhältnissen Rechnung getragen werden müsse, am 14. Juni d. J. dahin abgeändert worden, daß der beschwerdeführende Soldat sich nicht mehr an seinen nächsten Vorgesetzten, sondern direkt an seinen Kompagniechef zu wenden hat.

Im Feuerwerks-Laboratorium aber, wo nominell freie steuerzahlende Staatsbürger als Arbeiter exploirt werden, ist es eine große Unbescheidenheit und Taktlosigkeit, wenn ein Arbeiter sich mit einer Beschwerde einmal direkt an den Departementsdirektor wendet!

Man ermesse an dieser bezeichnenden Thatsache, ob die Arbeiter Recht daran thun, sich an ihr Organ zu wenden, damit dieses der vollsten Oeffentlichkeit Kenntnis von den Zuständen gebe, die unter der strahlenden Aera der Sozialreform in einem königlich preussischen Musterbetriebe herrschen!

Wie der Kampf mit geistigen Waffen von dem ordinärsten Theil der arbeiterfeindlichen Presse verstanden wird, darüber giebt eine Notiz, die das Zentralorgan aller Ripel der Reichshauptstadt am Donnerstag mit Wohlbehagen brachte, einen neuen, drastischen Beleg.

„Schlechte Geschäfte“, so schreibt das Blatt, „haben die Sozialdemokraten mit den Berliner Schlächtergesellen gemacht. Drei Genossen“ hatten zum Sonntag eine Versammlung nach dem Proslauer Garten in der Proslauerstraße zusammenberufen, in welcher die Knechtschaft der Schlächtergesellen besprochen werden sollte. Das Bureau wurde gebildet und dann setzten die Redner die Endziele des sozialdemokratischen Staates und das Glend unter der heutigen Bourgeoisie auseinander. Man ließ die Sprecher ruhig ausreden, dann aber ertönte plötzlich ein „Heil Dir im Siegerkranz“ und wie ein Mann fiel die Versammlung ein. Die Antwort verstanden die sozialdemokratischen Helden und wollten sich nun schleunigst

drücken. Da aber redden sich ihnen hundertkräftige Schlächterkäufe entgegen, die sie nicht entließen, ohne ihren Verkauf in drastischer Weise kundgegeben zu haben. Die Sozialdemokraten haben bekanntlich im Schlächtergewerbe bis jetzt die schlechtesten Geschäfte gemacht, nicht nur in Berlin, auch in Dresden sind ihre Sendlinge nicht immer glimpflich empfangen und energisch zurückgewiesen worden.

Wir wissen nicht, ob die Versammlung von der „Staatsbürger-Zeitung“ geschickter Verlauf genommen hat. Darauf kommt es hier auch nicht an, wo es nur festzustellen giebt, daß das führende Organ der Nadau-Antisemitin mit Behagen von Hochzeiten Notiz nimmt, die in Zuhälterkreisen allerdings an der Tagesordnung sind, die zu begehren sich aber Arbeiter von sozialdemokratischer Gesinnung in innerster Seele schämen würden. Wer hat aber noch an der Sympathie des Nadau-Antisemitismus für Zuhältergewohnheiten gezeitigt?

Die Hehe gegen Hauptmann's Weber. Gegenüber dem Dementi des Deutschen Theaters in der gestern mitgetheilten Kündigungsgeschichte hält die offizielle „Bant- und Handelszeitung“ ihre Behauptung aufrecht. Das Blatt theilt überdies noch mit, daß ganz wie in Breslau, den Offizieren der Armee und der Marine der Besuch des „Deutschen Theaters“ verboten und ihnen dabei ausdrücklich nahegelegt worden ist, daß das Uebertreten des Verbots des Ziviltragens im Theater in diesem besonderen Falle streng geahndet werden würde. Bezüglich der Kündigung der kaiserlichen Voge berichtet dasselbe Blatt, daß das Hausministerium bereits vor einigen Tagen eine Eingabe mit dem Vorschlag, respektive der Bitte, die Voge wegen der demoralisirenden Tendenz (1) der „Weber“ zu kündigen, dem Kaiser unterbreitet hat. Der Beschluß wurde auch dem „Deutschen Theater“ im Instanzenwege zugehen, falls das nicht schon inzwischen geschehen.

Es wird sich ja bald zeigen, ob Direktor Brahm wirklich vor dem korrupten Pressgeheiß demüthig zu Kreuze kriecht und dadurch die deutsche Kunst entehrt. Es wäre schade um das Ansehen des Deutschen Theaters.

Ein eigenartiger Brauch wurde, wie in früheren Jahren, so auch vorgestern Abend wieder in der kaufmännischen Fortbildungsschule des Vereins Berliner Kaufleute und Industriellen geübt. Es wurde das Wintersemester dieses an sich gewiß nützlich wirkenden Instituts eröffnet und bei dieser Gelegenheit ließ es sich Herr Kommerzienrath Hugo Wismar wiederum nicht nehmen, eine Ansprache parteipolitischen Inhalts an die Schüler zu richten. In dem Dithyrambus auf den Kaufmannsstand, mit dem der Herr seine „jungen Freunde“ begrüßte, zog er gar sarkastisch gegen den „Umsitz“ los, der den Staat untergrabe, an dessen Erhaltung der Kaufmann „ganz besonders interessiert“ sei. Dann folgt das Sprächlein von der Gemeinsamkeit der Interessen, die Herr Wismar, der seine Angestellten mit einem Anfangsgehalt von sage und schreibe vierzig Mark und dem Damolleschwert täglicher Kündigung begrüßt, allerdings ganz besonders zu wahren verstehen muß. Wir denken, es ist besser, wenn derartige parteipolitische Reden in einem Institut, das den Kaufleuten ohne Hinsicht auf ihre Parteirichtung zugänglich sein soll, hinfort unterbleiben. Sie sind hier ungeschicklich und nützen nichts, was wohl am besten durch die Thatsache bewiesen wird, daß die Umsitzer in dem Kaufmannsstande sehr tiefe Wurzeln geschlagen haben. Munkelte man doch sogar davon, daß einer der am Schluß der Zeremonie mit einer Prämie bedachten Schüler selber ein tüchtiger und eifriger Umsitzer sei!

Ein Strafbefehl. Gegen den Genossen Vogtherr ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft ein Strafbefehl in Höhe von fünfzig Mark nebst Kosten erlassen worden, wegen der Verhöhnung: am 12. August bei dem Begräbniß des Buchbinders Nohland (dieser Name ist uns unbekannt. D. N.) in einer Versammlung unter freiem Himmel, zu welcher die erforderliche Genehmigung nicht erteilt war, als Redner thätig gewesen zu sein! Als Beweismittel soll das Zeugniß des Kriminal-Schutzmanns Vojahr dienen! — Gegen diesen Strafbefehl muß selbstverständlich Einspruch erhoben werden, um zu ermitteln, ob auch in Berlin sächsische Praxis gilt.

Wierundzwanzigstündige Arbeitszeit im Staatsdienst? Eine Lokalcorrespondenz, der man nachsagt, daß sie mit Polizeikreisen in Verbindung stehe, weiß zu melden, daß die Abschaffung der Nachtwächter in den betreffenden Hauptmannschaften eine eigenthümliche Veränderung des Dienstes mit sich gebracht hat. Während die Schuttmänner sonst in Drittel getheilt waren und an einem Tage von Morgens 7 bis Abends 10, an dem zweiten Tage von Morgens 7 bis zum nächsten Morgen im Dienst waren und dann einen freien Tag hatten, werde jetzt der Dienst so gehandhabt, daß er jedesmal 24 Stunden währe und eine ebensolange Ruhezeit zur Folge habe.

Uns tauchen gelinde Zweifel ob der Richtigkeit dieser Mittheilung auf. Wenn der Dienst eines Schuttmannes gewöhnlich nicht körperlich besonders anstrengend ist, so muß doch ein jeder Mensch bei vierundzwanzigstündiger Arbeitszeit decaet abgepannt werden, daß vom normalen Gebrauch seiner Sinne schließlich nicht mehr die Rede sein kann. Und da ein Schuttmann doch auch zuweilen recht verantwortliche Dinge zu verrichten hat, so würde die Polizeibehörde sich hüten, mit derartigen Forderungen die Kräfte ihrer Unterbeamten auszunutzen.

Die Friedrichsgracht, von der Grünstraßen bis zur Röhrenbrücke, wird behufs Umplasterung von heute ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Das wegen Ausbruchs der Klauenseuche unter zahlreichem Schweinebeständen auf dem Schlachthofe am 17. v. M. erlassene Verbot des Abtriebes von Schafen und Hündern auf dem hiesigen Centralviehhofe ist aufgehoben. Das Verbot des Abtriebes von Schweinen bleibt bis auf weiteres in Kraft.

Seine Auffklärung gefunden hat der Doppelselbstmörder, der gestern aus dem Thiergarten gemeldet wurde. Der Arbeiter Georg Walbrink wurde am 21. April 1891 in die Charité aufgenommen, weil er an Knochenfraß leidet, und am 15. v. M. unheilbar entlassen. Am 1. Oktober v. J. trat die 24 Jahre alt gewordene unverschämte Marie Müller als Hausmädchen in den Dienst des Krankenhauses. Als solches hatte sie die Treppen und Sture des sogenannten Sommerlazareths zu reinigen, wo Walbrink untergebracht worden war. Während ihrer Arbeit hat Walbrink mit ihr Bekanntschaft geschlossen, die sich bald zu einem Liebesverhältnis gestaltete. Als nun aber die spätere Heirat besprochen wurde, stellten sich Schwierigkeiten insofern ein, als Walbrink's Leiden als unheilbar bezeichnet werden mußte. Die Müller wollte aber nicht von ihm lassen und zog einen gemeinsamen Tod der Trennung von ihrem Geliebten vor. Am Montag Abend um 6 Uhr, also um dieselbe Stunde, wo Walbrink seine Wohnung verließ, erkrankte sich die Müller nach Vollenbung ihrer Obliegenheiten aus dem Krankenhaus und beide mußten bis zum Dienstag Abend an einem unbekanntem Orte zusammen gewesen sein, bis sie den letzten Gang nach dem Thiergarten antraten. Jetzt erklärt sich auch, warum die Angehörigen Walbrink's nicht im stande waren, einen Anhalt zur Ermittlung des Mädchens zu geben.

Eine aufregende Rettungsarbeit hat am Dienstag Nachmittag um 3 Uhr der Versicherungsinспектор Neulich glücklich vollführt. Als er am Kottbuser Ufer entlang ging, fiel der 6 Jahre alte Sohn Bruno des Fischlers Bremer aus der Marienbr. 29 in den Kanal. Neulich ergriff eine Stange, reichte sie dem Knaben und zog ihn damit an das Ufer.

Die Geflügeldiebstähle fangen mit dem beginnenden Herbst wieder an. Aus Groß-Dichterfelde wird gemeldet, daß in der vorletzten Nacht Einbrecher das Grundstück des Architekten M. betreten, aus dem Stalle vier Hühner herausgeholt und gleich an Ort und Stelle geschlachtet haben. Als der Besitzer Morgens

aufgestanden war, deuteten die abgeschrittenen und zurückgelassenen Köpfe der Thiere auf den nächtlichen Besuch hin. Die Diebe, die natürlich nicht zu ermitteln gewesen sind, haben gleichzeitig noch Waschgefäße mitgenommen, die einem Mieter des Architekten gehören.

Aus Brit ist seit voriger Woche der Gärtnerbesitzer Klatt unter Zurücklassung von Weib und Kind spurlos verschwunden. Da K. sehr viele Verbindlichkeiten hinterlassen, glaubt man, daß er sich denselben durch die Flucht hat entziehen wollen.

Die Nixdorfer Weisbrot-Genossenschaft ist gegenwärtig in vollem Gange und alltäglich sieht man zahlreiche, mit wahren Riesenköpfen beladene Wagen auf den Straßen und zum Bahnhof fahren. Auch in diesem Jahre hat wieder eine sächsische Sauerbrotfabrik große Quanten des Nixdorfer Weisbrot's aufzulaufen, um denselben später als „feinsten Magdeburger Sauerbrot“ in alle Welt zu verschicken. Seit kurzem werden auch in Nixdorf und Umgegend selbst größere Quanten des Weisbrot's zu Sauerbrot verarbeitet.

Erschossen hat sich am Donnerstag Morgen um 9 Uhr der 70 Jahre alte Verwalter des Hauses Dramenstr. 167 Johann Haberkorn. Er war herzleidend und glaubte dieserhalb, daß sein Ende unmittelbar bevorstehe. Aus Verzweiflung darüber griff er zum Revolver und jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Polizeibericht. Am 3. d. M. Morgens wurden zwei Männer, einer an einem Jann in der Rothenowstraße und der andere in seiner Wohnung, in der Oppelnerstraße, erhängt vorgefunden. — Im Thiergarten, beim Schlosse Bellevue, wurden ein etwa 80 jähriger Mann und eine ebenso alte Frau todt aufgefunden. Sie hatten sich anscheinend vergiftet. — In der Friedrichsbergerstraße gerieth Mittags ein Knabe unter die Räder eines Mordelwagens und erlitt anßer einem Bruch des Oberschenkels anscheinend schwere innere Verletzungen. — Ein Mann, welcher in der Linienstraße auf einen in der Fahrt befindlichen Arbeitswagen steigen wollte, fiel nicht nur selbst herunter, sondern riß auch den Kutscher mit herab. Dieser wurde überfahren und an beiden Beinen erheblich verletzt, während er selbst unverfehrt blieb. — In der Grünhaldenstraße lief ein Knabe gegen einen Mann, der einen mit heißer Wurstbrühe gefüllten Topf trug. Hierbei erlitt der Knabe bedeutende Brandwunden am Kopfe, an der Schulter und am Arm. — Abends wurde ein Fischer bei einem Streite in einer Schankwirtschaft in der Mantuffelstraße durch einen Messerstich in die Brust verletzt. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

Witterungsübersicht vom 4. Oktober 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meereshp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (p. C. am 4. M.)
Swinemünde.	763	NO	2	beiter	10
Hamburg.	763	O	2	Nebel	11
Berlin.	762	NO	2	halb bedekt	8
Biesbaden.	760	N	3	bedekt	11
München.	756	SW	3	Regen	8
Wien.	753	O	2	Regen	13
Saparanda.	768	Süd	1	Nebel	5
Petersburg.	767	NO	1	bedekt	6
Cort.	770	NO	2	halb bedekt	11
Aberdeen.	772	SW	2	bedekt	9
Paris.	763	N	3	bedekt	8

Wetter-Prognose für Freitag, den 5. Oktober 1894. Nachts etwas wärmeres, am Tage etwas kühleres, vorherrschend wolfiges Wetter mit Regen und mäßigen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Theater.

Schauspielhaus. Fast könnte man Mitleid haben mit Paul Lindau, dem Verfasser der Komödie von den „Ungerathenen Kindern“, die am Mittwoch im Schauspielhaus zum ersten Male aufgeführt wurde. Der gefeierte Schriftsteller der verklumpten Bourgeoisie aus den Gründerjahren ist ein hilflos kindischer Schwächer geworden. Ein freches Geschlecht erkannte früher einmal in Lindau den Vorkämpfer frecher Nichtsnutzigkeit; der „Gassenbude“ (gamin) von einst hat alle Redheit und alle Laune verloren. Mit läppischen Harmlosigkeiten, die selbst dem kindlichen Publikum des Schauspielhauses, dem pflegsamsten und wohl auch dümmsten Publikum, das weit und breit in und um Deutschland zu finden ist, zuviel wurden, will er seine Hörer einsengen. Nur noch Spuren alter niederträchtiger Gesinnung tauchen auf. Ein unendlich reicher Untertäniger, Herr Oberhädt, hat zwei Kinder, einen Sohn und ein Mädchen, die ihm schweren Kummer bereiten. Die Kinder sind nämlich altväterlich solide gerathen, und der närrische Millionär möchte beide so ganz anders haben. Den Sohn möglichst schneidig, die Tochter modisch flott. Ein wunderhübsches Stubenmädchen nimmt der höchst ehrenwerthe Herr Oberhädt in sein Haus, am Dienstdienste, der natürlich vogelfrei ist, soll der junge Oberhädt zur Schneidigkeit in Liebesabenteuern eingeerziet werden. Da bricht doch wieder echte Lindau'sche Gesinnungsgemeinheit durch. Der junge Herr Oberhädt beist auf den Köder nicht an und Fräulein Oberhädt verliebt sich nicht etwa in einen Reserveleutnant, sondern in einen bescheidenen Dorfpastor, das sind die „ungerathenen“ Kinder Paul Lindau's. An der Wichtigkeit verschwendeten tüchtige Schauspieler Mühe und Arbeit genug. Kupfer Herrn Bollmer, der den bescheidenen Dorfpastor spielte, ernteten sie keinen sonderlichen Dank.

Gerichts-Beilage.

Das Denunziantenhum schiebt immer äppiger ins Kraut. Wegen des „Vergehens“ der Majestätsbeleidigung hatte sich gestern ein erst 17jähriges Mädchen, Helene Jahan, vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Am 27. Januar hatte die Arbeiterfrau Junker, welche auf demselben Hofe wohnt, wie die Angeklagte, eine Papierfabrik gekauft, welche im Runddruck das Bild der kaiserlichen Familie enthielt. Die Fabrik war am Fenster besetzt worden. Die Angeklagte bekam die Fabrik zu Gesicht, sie betrat die Wohnung der mit ihr gut bekannten Frau Junker und erklärte, sich die Fabrik in der Nähe ansehen zu wollen. Sie soll nun dabei in unehrerbietiger Weise eine Kritik über das Aussehen der kaiserlichen Familie geübt haben. Frau Junker gerieth wenige Tage darauf mit der Angeklagten in Streit, sie erstattete dann Anzeige wegen Majestätsbeleidigung. Der Vorsitzende befragte die Zeugin eingehend über den Beweggrund ihrer Anzeige, sie bestritt, daß sie aus Haß oder Rache gehandelt habe, nur ihr patriotisches Gefühl (1) sei verletzt worden. Bei der bestimmten Belandung der Zeugin mußte der Staatsanwalt die Angeklagte für überführt erachten, er beantragte gegen dieselbe drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof beließ es mit Rücksicht auf die Jugend der Angeklagten bei einem Verweise.

Durch's Ohr. Die Fälle, in denen die Geheimnisse des Fernsprechers Anlaß zu Beleidigungsklagen geben, mehren sich. So wurde gestern vor einer Abtheilung des Schöffengerichts eine Anklage gegen einen Kaufmann Schulz verhandelt, den der Fernsprecher so nervös gemacht hat, daß er in zwei Fällen sich zu

Beleidigungen hat hinreissen lassen. Als Angestellter der Firma Herz hatte er eines Tages eine telephonische Bestellung bei einer anderen Firma zu machen. Er klingelte die letztere an, es gelang ihm aber nicht, die gewünschte Verbindung zu erlangen, da der Kommiss. Besizer, der die Bestellung entgegennehmen sollte, den Namen der Firma absolut nicht zu verstehen vermochte. Während er aufmerksam die Ohren spitzte, löste ihm aus dem Kopfe plötzlich das Kompliment „Gef!“ entgegen und es erfolgte unmittelbar darauf das Abklingeln. Als bald darauf die Firma Herz noch einmal klingelte, erkundigte sich Herr Besizer eifrig danach, wer denn das erste Mal am Fernsprecher gewesen sei und erfuhr auf diese Weise, daß es der Angestellte gewesen, der ihn mit langobrigen Bierjählern verglichen hatte. Er richtete in aller Höflichkeit ein Schreiben an Herrn Schulz, in welchem er ihn ersuchte, die unliebenswürdige Bezeichnung zurückzunehmen zu wollen, der Adressat antwortete jedoch ohne alle Höflichkeit, indem er den Brief als „Schreiberei“ bezeichnete und geflentlich dem Kläger das Prädikat „Herr“ versagte. Auch hierin erblühte Herr Besizer eine Beleidigung, da er der Meinung ist, daß dieses Prädikat im Briefe jedem anständigen und gebildeten Manne gebühre. Der Angestellte behauptete, daß der „Gef!“ gar nicht dem Kläger, sondern dem Hausdiener des Geschäfts gegolten habe, der sein telephonisches Gespräch ungebührlich gehört habe. Der Gerichtshof glaubte ihm dies aber nicht, sondern verurtheilte ihn wegen zweifacher Beleidigung zu 20 M. Geldstrafe eventuell 4 Tagen Gefängnis.

Das Reichs-Versicherungsam hat in einem vom „Führ.“ mitgetheilten Falle ausgeführt, daß berufsgenossenschaftliche Ehrenämter von deren Inhabern nicht freiwillig niederzulegen werden dürfen. Eine solche Niederlegung im Laufe der Wahlperiode sei nur aus denselben Gründen zulässig, aus welchen das Amt eines Vormundes abgelehnt werden kann. Die Vorschriften des § 24 des Unfallversicherungs-Gesetzes haben die Wahl eines Wahlberechtigten zum Mitgliede eines berufsgenossenschaftlichen Vorstandes z. mit zwingender Kraft ausgedrückt. Die Wahl übertrage ohne weiteres für die Dauer der Wahlperiode das Ehrenamt und eine einseitige Niederlegung des Amtes im Laufe der Wahlperiode sei als wirksam nicht anzuerkennen.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Tabakarbeiter! Die Versammlung zum Sonntag, den 7. Oktober, in Schmiedel's Hefssälen ist polizeilicherseits nicht gestattet worden und findet deshalb in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, statt; die übrigen vier Versammlungen finden, wie angegeben, bei Holzmann, Lichtenbergerstraße 16, Hoffmann, Oranienstr. 180, Reichert, Mäckerstr. 7, und Brunnenstr. 188 statt. (Siehe Inserat der heutigen Nummer.) Karl Butry, Stralunderstr. 17.

Un die Tapezieren Deutschlands! Der Streik der Tapezieren in Berlin ist seit dem 3. d. Mts. beendet, die Forderungen der Gehilfen sind in 82 Verhältnissen bewilligt, während in einer größeren Anzahl Verhältnissen der Lohi schon vor dem Streik eingeführt war. Im Auslande befinden sich noch die Kollegen aus der Werkstatte von Markgraf, Montbijou-Platz 10. Die Verhältnisse sind dort geradezu ungeheuerliche und werden wir alles anwenden, um jenem Herrn das Handwerk zu legen, wozu wir genügend Material in den Händen haben. Die Kollegen werden ersucht, Listen und Sendungen an die bekannten Adressen zu richten. J. A.: Die Agitationskommission.

Achtung, Porzellanmaler! In Schwarzenebach a. d. S. (Bayern) haben die Maler der Porzellanmalerei Schäfer u. Komp. am 24. September die Arbeit niedergelegt. Grund: Fortgesetzte Lohnreduzierungen und Einführung neuer Muster zu Schundpreisen. Um fernhalten jeden Zugangs nach dort wird ersucht.

Desgleichen stehen in Lohnbewegung die Porzellanarbeiter in Kitzberg (Bayern), Probstzella (Thüringen) und die Porzellan- und Galanteriemaler in Berlin, und ist Zuzug nach diesen Orten fernzuhalten.

Anruf an alle gelehrten Müller! Wir werden in nächster Zeit von der Kommission für Arbeiterstatistik um ein Gutachten über die Regelung der Arbeitszeit im Mälgewerbe angegangen werden. Wir bitten deshalb nochmals bringend alle gelehrten Müller, welche jetzt als Geschäftsleute, Händler, Wirthe, Fabrik- und sonstige Arbeiter ein anderes Gewerbe ausüben, sich schriftlich oder mündlich beim Unterzeichneten zu melden. Anzugeben ist Name, Wohnung, Beruf, Grund des Uebertritts zum anderen Beruf und das Alter, in welchem der Uebertritt erfolgte. Besonderen Werth legen wir darauf, anzugeben, ob der Uebertritt zum anderen Berufe aus Gesundheitsrücksichten, wegen der langen Arbeitszeit, oder wegen anderer gewerblicher Verhältnisse erfolgte. Wir bitten die Genossen aller Branchen und die Gewerkschaftsvertreter um Unterstützung bei diesen Feststellungen. A. u. H. Heine, 1, Löttau bei Dresden, Frankenbergstr. 6.

Achtung, Vergolder! Die Vergolder Kopenhagen sind in einen Lohnkampf eingetreten. Es ist Pflicht aller Kollegen, Kopenhagen zu meiden. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. — W. Jensen, Vergolder, Ny Karlsbergvej 18, S. 4 Sol, Kopenhagen.

Das anarchische Maulhelden durch ihre blutrünstigen Redensarten unter Umständen für Unheil über sich und andere herbeiführen können, geht aus einer Mittheilung hervor, die uns aus den Kreisen der Organisation der Porzellanmaler zugeht. Es heißt dort: Von einem Porzellanmaler Josef Schmidt in Stellingen bei Hamburg wurden unter Beihilfe eines Malers (Stef. Rosenthal) diesen Sommer Flugblätter anarchischen Inhalts an die Personale der Porzellanfabriken und Malereien Deutschlands versandt. Der Inhalt des Flugblattes richtete sich gegen „Unsere Autoritäten“, worunter Schmidt die Fabrikanten, die Vorgesetzten (Obermaler, Oberdreher) versteht, und forderte er auf, diesen Leuten den Gehorsam zu verweigern. Auch die Leiter des Verbandes der Porzellanarbeiter belamen in dem Flugblatte ihren Theil als „Autoritäten“ weg, besonders deshalb, weil der Redakteur der „Ameise“ den Inhalt des Flugblattes nicht in diesem Fachblatte zur Aufnahme brachte. — Am 18. September er. hatten sich die beiden Vorbenannten vor der Strafkammer in Waldenburg (Schlesien), wo ebenfalls solche Flugblätter zur Vertheilung gekommen waren und wohin auf Requisition des Staatsanwaltes Schm. und St. transportirt worden waren, wegen Vergehens gegen den § 130 St.-G.-B. zu verantworten. Beweisaufnahme fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urtheil lautete gegen Schmidt auf 10 Monate, gegen Rosenthal auf 2 Monate Gefängnis. 1 Monat Untersuchungshaft wurde in Anrechnung gebracht.

Auch für mehrere Mitglieder des Verbandes der Porzellanarbeiter hat das Nachwerk von Schmidt üble Folgen. In Tiefenfurt (Schlesien) haben Porzellanarbeiter, welche das Flugblatt vertheilt haben sollen, Anklagen deswegen erhalten (einer davon hat sich aus Furcht vor Strafe sogar das Leben genommen) und auch in Simsau (Thür.) schwebt gegen ein Mitglied Anklage.

In Thale (Harz) sind, trotzdem der Verband absolut nichts mit dem Flugblatt zu thun hat, alle Mitglieder desselben entlassen worden und auch in anderen Fabriken waren Entlassungen angedroht, zum großen Theil sind dieselben aber wieder zurückgenommen worden. — In den Kreisen der Porzellanarbeiter resp. auf deren politische und gewerkschaftliche Gesinnung hat das Flugblatt keinen Schaden angerichtet.

Internationaler Eisenbahnarbeiter-Kongress. Man schreibt uns aus Paris unterm 3. Oktober: Der zweite internationale Eisenbahnarbeiter-Kongress ist heute Vormittag im Verbandslokale der hiesigen Eisenbahnarbeiter eröffnet worden. Der Sitzungssaal, roth drapiert, zeigt an der Hauptwand eine Wüste der Republik, über welcher die Worte: Solidarität — Gerechtigkeit in goldenen Lettern angebracht sind, während unterhalb die Worte: „Einheit der Völker“ prangen. Bei Eröffnung des Kongresses waren nebst Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich und Spanien vertreten. Doch erwartet man noch Vertreter anderer Länder. Genosse Guérard, Generalsekretär der französischen Eisenbahnarbeiter-Gesellschaften, hat in einer kurzen bezüglichen Rede die Delegierten willkommen geheißen und hierauf eine Uebersicht der Arbeiten des Organisationskomitees gegeben, sowie die verschiedenen aus Portugal, Italien, Deutschland, England und den Vereinigten Staaten eingelaufenen Begrüßungsschreiben zur Verlesung gebracht.

In dem Begrüßungsschreiben einer Gruppe von Arbeitern der Hamburg-Altonaer Eisenbahn wird das tiefste Bedauern darüber ausgedrückt, daß sie sich nicht vertreten lassen können und gleichzeitig ausgeführt, in welcher Weise für das Wohl der Staats-Eisenbahnarbeiter in Deutschland gesorgt wird. Anstatt die Arbeitszeit zu verlängern, heißt es daselbst, wird sie verlängert und während die Arbeiter früher im Krankheitsfalle ein volles Jahr Krankengeld erhielten und Frau und Kinder während deren Krankheitsdauer Arzt und Medikamente unentgeltlich erhielten, erhalten diese jetzt nur noch den Arzt, während die Arbeiter bloß ein halbes Jahr Krankengeld beziehen. Dabei haben sie bei ihren niedrigen Arbeitslöhnen wöchentlich ca. 1 Mark an Beiträgen für Kranken-, Pensions- und Invalidenkasse zu entrichten.

Nach erfolgter Mandatsprüfung und Bureauwahl, was nur kurze Zeit in Anspruch nahm, hat der holländische Delegierte, Genosse Van Kool, einen sehr beifällig aufgenommenen Bericht über die Thätigkeit des internationalen Sekretariats, sowie über dessen Kasseneinbarung abgelesen und dabei ein lebhaftes Bild über den gegenwärtigen Stand der Eisenbahnarbeiter-Bewegung der verschiedenen Länder gegeben.

Der Kongress trat hierauf in die Diskussion eines von der französischen Organisation vorgelegten Entwurfs, der zum Zwecke die Bildung eines internationalen Studienkomitees für die Interessen der Eisenbahnarbeiter hat und gleichsam ein besonderes Arbeitsamt für sie sein soll. Zur Stunde, wo ich den Bericht abende, ist die Diskussion über diesen Entwurf, der 14 Artikel zählt, noch nicht beendet. Wie auf allen internationalen Kongressen nimmt eben auch auf diesem die Uebersetzung sehr viel Zeit in Anspruch.

Vermischtes.

Die rothe Fahne. In einer Kaserne wird Nachsuchung nach etwaigen verbotenen sozialdemokratischen Schriften gehalten. — Die ganze Mannschaft ist aufgestellt — Oberst und Adjutanten visitiren. — Alles wird durchsucht — nichts Auffälliges gefunden. — Da — bei der 12. Kompanie entdeckt der Oberst in einer Schublade einen Viertel Loth Kommissärs und darauf gesteckt eine kleine rothe Fahne. „Aha! Da haben wir schon einen“ — meint der Oberst — „wem gehört dieses Brot?“ — „Mir — Gefreiten Edel, zu Befehl, Herr Oberst!“ — Oberst: „Verfluchter Kerl — und was soll denn diese rothe Fahne auf dem Brot bedeuten? — He? Heraus mit der Sprache!“ — Gefreiter Edel: „Herr Oberst, die soll die Wurst markiren!“

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

W. R. Lohnbeschlagnahme ist wegen rückständiger Miete nicht zulässig. Die Bestimmungen des Lohnbeschlagnahme-Gesetzes sind wiederholt, u. a. in der Nummer vom 3. Juli, dargelegt.

R. 2. 1. Sie sind leider zur Zahlung verpflichtet.

G. 2. 46. Sprechen Sie mit Testament zwischen 12 und 1 Uhr vor: in Erbschaftsachen läßt sich ohne mündliche Rücksprache genaue Auskunft nicht ertheilen.

H. S. C. 1. Sprechen Sie mit dem Bescheid zwischen 12 und 1 Uhr vor. 2. So viel uns erinnernlich: nein.

Gustav Lange. Genossenschafts-Bäckerei Berlin, Müllerstraße 34.

Wilhelm Jäger. Berliner Krankenunterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen. Aufnahme bei Fräulein Deirich, Landbergerstr. 42 2 Tr. r.

R. D., Frankfurt. 1. Es ist besser, Sie vertreten sich selbst im Verhandlungsstermine. 2. Zeugen brauchen Sie nicht anzugeben, es genügt, wenn Sie durch Angabe der Zeugen und durch Eidzuschiebung unter Beweis stellen: a) wie viel mehr als Ihnen quittirt, Sie gezahlt haben; b) daß Ihnen die Ausstellung von Quittungen verweigert ist. 3. Der unterliegende Theil hat auch die Kosten des gegnerischen Anwalts zu tragen. Für die Kosten haftet Ihr Vermögen in gleicher Weise wie für andere Schulden. 4. Bestreiten Sie die behauptete Vereinbarung und treten Beweis für Ihre Behauptung an. 5. Für vorzeitliche Schulden der Ehefrau haftet der Ehemann nicht.

R. G. Die Bestimmungen über Fabrik-Krankenkassen finden Sie in den §§ 59-68 des auch durch den Verlag des „Vorwärts“ beziehbaren Krankerversicherungs-Gesetzes vom 15. Juni 1883 und 10. April 1892.

Spandan, Danzig. 1. Wenn der Arbeitgeber nach sechs-jähriger Arbeitszeit Ihr Ersuchen, Ihnen ein der Gewerbeordnung entsprechendes Zeugnis auszustellen, mit der Aufforderung beantwortet hat, sein Rückende wie eine Briefmarke zu behandeln, so ist Ihr Anspruch auf Schadenersatz für die Zeit, in der Sie mangels Zeugnisse Arbeit nicht erhalten haben, durchaus berechtigt. Ob Sie bei einem gelehrten Gericht mit Ihrem durchaus berechtigten Anspruch durchbringen werden, ist zweifelhaft, weil das Benehmen dieses Ehrenmannes durchaus den Gefühlen der herrschenden Klasse entspricht. Machen Sie trotzdem den Versuch und halten Sie uns auf dem Laufenden. 2. Zeigen Sie den Klebefind und Unterschlagler der Invalidenmarken der Staatsanwaltschaft an.

W. P. 100. Sie hätten zur rechten Zeit hier anfragen sollen.

W. 100. 1. Fragen Sie mündlich an.

Briefkasten der Expedition.

Für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter gingen ferner ein: Gefangener Unverdorfen, 2. Rate 6.—, Von 9 Tischler-Gesellen, Lausitzerstr. 9, Zache 4.50, Vom Bau Krautstr. 99a, gesammelt bei Bruhn (Bauarbeiter außer 1) durch Gähmann 8.30, Ueberschuß vom Vergnügen vom Pfeifenklub Felsenfest 20.—, Ein Heringschwanz 1.—, Ueberschuß vom vierten Stiftungsfest des Flugtauben-Vereins Wedding 30.—, Ueberschuß vom ringreien Bier Spandauerstr. 30, 2. Hof, 11. Woche 4.45, Gesammelt beim Erntefest St. Salauer Chaussee 24 4.70, Vom Statklub Null-Ramsch, Schwedterstr. 5 4.—, Gefangener Schneeglöckchen I 3.65, Graveure und Rifeleure 3.60, Arbeiter der Metallwaaren-Fabrik, Elisabeth-Ufer, 9. Rate 8.15, Vom Stat bei Proj 0.75, Gesammelt von den Zielbewüßten aus der Ritterstraße 5.30, Schleischer Stat 3.00, 4 Lettenbauer bei Freibier, Hochkatterstraße, 3.—, Von F. S. W. 52 3.—, Amerikanische Auktion bei Flug, durch Malglöckchen 1.50, Spandauer Grüne Jungen, IX. Rate 15.—, Spandan, vom rothen Schuster 1.—, Sein Freund 1.—, Malerwerkstatt von Storm und Rosenberg, Charlottenburg 6.75, Fachverein der Uhrmacher und verwandten Berufe für einen Vortrag des Genossen Wagner 6.—, Bierprocente von Joleit und Pfaff 3.—, Amerikanische Auktion der Plantagenbesitzer der Ziegen-schweiz 4.05, Bierprocente Wollmer 20.—, Vom Stammtisch bei Zubeil, Lindenstr. 106 2.—, Summa 178.30 M. Bereits quittirt 11483.88 M.; in Summa 11662.16 M.

Ein neuer Abonnent. Es giebt eine große Anzahl deutscher Grammatiken. Sprechen Sie einmal in unserer Buchhandlung, Beuthstraße 2, Hof parterre, vor, wo Sie sich näheren Bescheid holen können.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Freitag, den 5. Oktober.
- Opernhaus, Symphonieabend der Kapelle.
- Schauspielhaus, Ungerathene Kinder.
- Festung-Theater, Wohlthäter der Menschheit.
- Deutsches Theater, Die Weber.
- Berliner Theater, Niobe. Unter vier Augen.
- Schiller-Theater, Der Meineidbauer.
- Heures Theater, Doppelfeldmord.
- Friedrich-Wilhelmstadt, Theater, Der Vogelhändler.
- Residenz-Theater, Demi-Monde.
- Theater Unter den Linden, Orpheus in der Unterwelt.
- Kellner-Theater, Kyth-Pyris.
- Adolph Ernst-Theater, Lolotte's 28 Tage.
- Central-Theater, O! diese Berliner!
- Alexanderplatz-Theater, Ein Modell, Verlorne Liebe.
- National-Theater, Lumpacivagabundus oder: Das liederliche Kleeblatt.
- Reichshallen-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
- Apollo-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
- Saufmann's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.
- Parodie-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
- Wintergarten, Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

- (Wallner-Theater.)
- Wallner-Theaterstrasse.
- Freitag, 5. Oktober, Abends 8 Uhr: Der Meineidbauer.
- Sonnabend, 6. Oktober, Abends 8 Uhr: Der Feilchenfresser.
- Sonntag, 7. Oktober, Nachm. 3 Uhr: Der Feilchenfresser.
- Abds. 8 Uhr: Der Meineidbauer.
- Sonntag, 7. Oktober, Dichter-Abende im Bürger-Saal des Rathhauses Abends 7 1/2 Uhr, zum ersten Male: Wihl. Müller-Abend.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30. Direktion: Richard Schulz.

Emil Thomas a. G.

Anna Bäckers, Josephine Dora.

O! diese Berliner!

Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund. Musik von Jul. Gindshofer. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner! Empfehle keines Vereinszimmer mit Piano, auch als Zahlstelle. 187b Moritz Lust, Oppelnerstr. 44.

Adolph Ernst-Theater

Jum 28. Male: **Lolotte's 28 Tage.** Gesangsposse in 3 Akten v. H. Raymond u. A. Mars. Musik v. Viktor Rogier. (Novität.) Die neuen Dekorationen sind aus dem Atelier des Herrn Lütke Meyer in Koburg. In Szene gesetzt v. Ad. Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Gastspiel der Liliputaner, der berühmten sieben Zwerge mit eigener vollständiger Theater-Gesellschaft. **Lumpacivagabundus** oder **Das liederliche Kleeblatt.** Große Posse mit Gesang in 3 Akten (5 Bildern) und einem Vorspiel von Joh. Restrop. Musik von Adolf Müller und Max Mauthner. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar

Vaudeville-u. Variété-Theater Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage). **Der Bombardier im Feuer!** Posse mit Gesang und Tanz in 2 Bildern. Auftreten der weltberühmten Kraft-Gladiatoren Mr. Kounier und Miss Josephine in ihren außerordentl. Leistungen. Entree 20 Pf. Refers. Platz 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr. **R. Winkler.**

Circus Renz

Carlstrasse. Freitag, den 5. Oktober 1894, Abends 7 1/2 Uhr:

Komiker-Vorstellung

Auftreten sämtl. Clowns in ihren wirkungsvollsten Nummern, u. a. Herr und Madame Denis. Das Verschwinden einer Dame. Die musikalischen Clown Hermann u. Sohn. Der Esel zu Pferde u. s. w. Ferner: Edinburgh, vorgeführt von Herrn R. Renz. Auftreten der Schulleiterin Fräulein Wally Renz etc. Zum Schluß: **Auf auf zur frühlichen Jagd.** Sonnabend: Auf auf zur frühlichen Jagd. — Sonntag: Auf auf zur frühlichen Jagd. — Preise der Plätze: Logen 4 M., Kinder 2 M., Speerplatz 2.50 M., Kinder 1.50 M., Tribüne 2 M., Kinder 1 M., 1. Rang-Balkon 2 M., 2. Platz 1 M., Gallerie 50 Pf.; auf diesen drei letzteren Plätzen ein Kind unter 10 Jahren frei. Vorverkauf zur Matinee bereits Freitag und Sonnabend an der Zirkuskasse. — Abends 7 1/2 Uhr: Auf auf zur frühlichen Jagd. **Fr. Renz, Kommissionsrath.**

Fr. Renz, Kommissionsrath.

Or. Vereinszimmer Neue Poststr. 49.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20. Säle und Vereinszimmer von 20-600 Personen.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey. Die Hexenschantel, neueste Illusion.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali der größte Mensch der Welt. **Prinzess Topase** das kleinste Menschenkind. **Mexikanische Riesen-Cacteen** in noch nie gesehener Größe.

Posamentenbranche!

Montag, den 8. Oktober, Abends 8 Uhr: **Große öffentliche Versammlung** der in der Posamenten-Industrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen bei **Ehrenberg**, Innenstr. 18. Tagesordnung: 1. Unsere Lage. 2. Mißstände in einzelnen Werkstätten. 3. Bericht über den Referendats. 4. Neuwahl der Agitations-Kommission resp. eines Vertrauensmannes. 5. Die Vertretung in der Gewerkschafts-Kommission resp. Wahl eines Vertreters. 209/4 Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, vollständig zu erscheinen. **Die Agitations-Kommission.**

Achtung! Zahnersatz, auch Theilzahlung, wöchentlich 1 Mark.

Guckel, Lauscher Platz 2, Glatzerstr. 12.

Kaninchenmarkt.

Der große Herbstmarkt findet am Sonnabend, den 6. Oktober, Abends von 5 bis 8 Uhr, und Sonntag, den 7. Oktober, früh von 8 bis 10 und von 12 bis 2 Uhr in dem Vereinslokal **Neue Friedrichstr. 44** statt. Da große Vollen Bucht- und Schlacht-thiere aller Rassen angemeldet sind, so ist jedem Züchter und Liebhaber Gelegenheit geboten, seinen Bedarf billig einzulassen. **Es dürfen nur ganz gesunde Thiere zum Verkauf gestellt werden.** 8718 **Der Zentral-Verein deutscher Kaninchenzüchter.**

Achtung! Genossen! Achtung! Große öffentliche Volksversammlung

f. d. Kreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg Sonntag, 7. Oktober, Vorm. 11 1/2 Uhr, in Wöllstein's Lustgarten, Adlershof.

- Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über die Brandenburger Parteikonferenz.
 2. Der diesjährige Parteitag in Frankfurt a. M. Referent: Reichstag-Abgeordneter **Fritz Zubeil.**
 3. Stellung und Diskussion zu den Anträgen.
 4. Wahl der Delegierten.

Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen!

Sonntag, den 7. Oktober, Vorm. 10 Uhr: **5 große öffentliche Versammlungen**

1. Arminhallen, Kommandantenstr. 20. *)
2. Bolzmann, Lichtenbergerstraße 16.
3. Hoffmann's Festsäle, Draußenstraße 180.
4. Reichert's Festsäle, Müllerstraße 7.
5. Gründel (in Vertretung), Brunnenstraße 188.

Die Kommission der Tabakarbeiter Berlins.

*) Die Versammlung in Schmiedel's Festsälen wird polizeilicherseits nicht gestattet und findet deshalb in den Arminhallen statt.

Maler und verwandte Berufsgenossen.

Sonntag, den 7. d. M., Abends 6 Uhr, bei **Zubeil**, Lindenstr. 106:

Öffentliche Versammlung mit Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. Nachher gemüthliches Beisammensein. Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt. 189b

Achtung! Steinarbeiter Achtung!

Berlins und Umgegend. Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Feigsmüller**, Alte Jakobstr. 48a:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Der Ursprung der Familie und des Privateigentums. 2. Abrechnung. 3. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. 227/7 **Der Vertrauensmann. J. Buchmann, Willibald-Str. 39.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 7. Oktober, Vorm. 10 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen (oberer Saal), Kommandantenstr. 20: **Ordentliche General-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Kassirers vom 3. Quartal. 2. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Ergänzungswahl des Ausschusses und der Revisoren. 5. Vereinsangelegenheiten. Da in dieser Versammlung wichtige Sachen zur Verhandlung stehen, machen wir es jedem Mitgliede zur Pflicht, unbedingt zu erscheinen. **Mitgliedsbuch legitimirt.** 20 Mitglieder werden vor Beginn der Versammlung aufgenommen. 189/7 **Der Vorstand.**

Achtung!
Bräuerei - Arbeiter!
 Freitag, Vormittags 10 Uhr, in Nieft's Salon, Weberstraße 17:
Öffentliche Versammlung
 der ausgesperrten Bräuerei-Arbeiter und Böttcher.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Verhandlungen mit den Ringbräuereien. 2. Die Lage der Aussperrten. (NB. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht werden.)
 Die Kommission.

Große öffentliche Versammlung
der Rohrleger u. Gehilfen
 Berlins und Umgegend
 am Sonntag, den 7. Oktober 1894, Vormittags 10 1/2 Uhr,
 in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Otto Naether über: Die Innungen und deren Bestrebungen. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.
 NB. Wegen obiger Versammlung fällt die Vertrauensmänner-Sitzung am nächsten Sonntag aus und ersuche die Kollegen in der nächsten Sitzung vollständig zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann: Oscar Fricas, Münchebergerstr. 28.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin I (Püker).
 Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 11 Uhr, in den Arminhallen,
 Kommandantenstraße 20:
Versammlung.
 Tagesordnung:
 Fortsetzung der Diskussion über den in der letzten Versammlung vom Kollegen Dähne gehaltenen Vortrag.
 Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung die Statistikbücher abzugeben. NB. Billets zur „Urania“ werden in der Versammlung ausgegeben.
 Der Bevollmächtigte.

Achtung!
Fachv. der Bilderrahmenmacher Berlins u. Umg.
 Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Flied, Simon-Strasse Nr. 23:
General-Versammlung.
 Tagesordnung: Neuwahl des Gesamt-Vorstandes.
 Um pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Achtung, Schäftebranche!
 Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 9 Uhr, bei Wornau, Rosenthalerstraße Nr. 57:
Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Hoffmann: Die 10 Gebote und die besitzende Klasse. Diskussion. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Achtung! Kupferschmiede. Achtung!
 Sonntag, den 7. Oktober, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Feindt, Weinstraße Nr. 11:
Große öffentliche Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag. 2. Berichtserstattung über den Stand des Dispositionsfonds und Wahl von Revisoren. 3. Bericht des Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 4. Bericht des Gewerbegerichts-Beisitzenden. 5. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein
der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins.
 Sonntag, den 7. Oktober, Vorm. 10 Uhr,
 im Lokale des Genossen Tempel, Lange-Strasse Nr. 65:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich um 10 Uhr eröffnet.
 Der Vorstand.

Verein der Einsetzer (Tischler)
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße Nr. 44:
Ordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Bericht der Arbeitsvermittlungskommission, Wahl einer neuen Arbeitsvermittlungskommission. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. — Die Kommission gegen Sonntags- und Lichtarbeiten wird gebeten, zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Tischler-Verein.
 Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 9 Uhr, Meldiorstr. 15:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Vierteljahr 1894. 2. Unterhaltungs-gesuch. 3. Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest.
 Das Quittungsbuch legitimiert.
 Der Vorstand.

Achtung!
Getreideträger und Schipper.
 Sonntag, den 7. Oktober, Vorm. 11 Uhr,
 im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrich-Strasse 44:
Außerordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten. Nur Mitglieder, welche sich legitimieren können, oder zuvor dem Verein beitreten, haben Zutritt.
 Der Vorstand.

Jägerhaus, Schönhauser Allee Nr. 103.
 Inhaber: Wilhelm Schmidt.
Saal (500 Personen) für Vereine, Versammlungen und Festlichkeiten zu vergeben. Vereinszimmer noch frei. Rathenower Bier.

Zum heutigen frohen Wogenfeste
 Ein donnerndes Hoch! Freund
Polde Kraus!
 Schreit jeder Kollmops aus dem Neste,
 Und dabei schließt sich Keener aus!
 Drum habe ja nur Keenen Stammer,
 Denn heute mach'n wir 'ne Nummer!
 Werfte nicht?
 189b

In Roh-Tabaken
und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
 Berlin
 Neue Friedrich-Strasse 9.
 Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
 Ein Jeder mache den Versuch.

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume**
 gelangen die **Restbestände** meines seit 21 Jahren bestehenden **Waarenlagers:**
Teppiche! Fertige Wäsche!
Gardinen! Steppdecken!
Portièren! Leinenwaaren!
 zu **spottbilligen Preisen zum Ausverkauf.**
 Am Stadtbahnhof Börse. **J. Brünn** Am Stadtbahnhof Börse.
4. Hackescher Markt 4.

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
 Feinste Likörmischung
 Champagnerflasche **Mark 1,25**
Carl Mampe
 Likörfabrik Berlin, N. 28
 In allen Colonialwaarenhandlungen
 Zu haben



Sieben erschien das vortrefflich gelungene
Portrait und Facsimile von Agnes Wabnitz
 als **Gratis-Beilage** zur Broschüre „Agnes Wabnitz“
 von B. Glogau. Broschüre mit Brustbild und Facsimile auf Carton 50 Pf.
 Da von der Genossin kein Bild vorhanden war, sondern erst nach dem Gedächtnis gezeichnet werden mußte, konnte dasselbe nicht bis zum Erscheinen der Broschüre fertiggestellt werden. Unterzeichnetem ersucht daher **alle bisherigen Käufer gegen Vorweisung der Broschüre das Bild bei dem betreffenden Buchhändler, Kolporteur u. unentgeltlich zu fordern.**
A. Hoffmann's Verlag, Berlin O. 27, Krautstr. 38a.

R. Rittershausen
 Uhrmacher
 Fehrbelliner-Strasse No. 1.
 Lager aller Arten Uhren, Reparaturen schnell und billig. Konstante Zahlungsbedingungen.
 724L*

Roh-Tabak
 in allen Sorten und Preislagen.
 Sumatra, gut deckend und weißer Brand, 180 Gg. per Pfund. Formen stehen zum Verkauf.
 190b
 Temminerstraße 11.

Freunden und Genossen die ergebene
 Anzeige, daß ich das **Schankgeschäft**
 von **E. Herschleb** käuflich erworben habe. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Vereinszimmer steht zur Verfügung.
 193b
Sein Ringbier!
Fritz Wählich, Adalbertstr. 4.

Sauberstes, durch Maschinen hergestelltes Roggenbrot
 der **Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend**
 G.m.b.H. 34. Müllerstr. 34
 Schütz-Mark.
 Telefon-Anschluss.
 500 Zu haben in ca. Niederlagen

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
 am dießigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
 Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohstoffe sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Charlottenburg. Restaurant mit 700 Plätzen. Vereinsz. billig zu verlaufen. Schulstr. 17. 200b
Staare, Buchfinken, Stieglitz 1,25, Grilche, Zeigle 1,00, Rothkehlchen, Kreuzschnäbel 0,80, Meisen 0,50. 185b
Schnelle, Invalidenstr. 7.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 219c*

Der billigste und zuverlässigste **Uhren-Einkauf** sowie **Reparatur** ist unabweislich bei
Albin Gröger, Uhrmacher, Oranienstr. 1, Berlin SO.
 Nickel-Cylind.-Remont. von 5 M. an
 Silberne „ 12 „
 Goldene Damen-Remont. „ 22 „
 Goldene Herren-Remont. „ 36 „
 Betr. silb. Cylinderuhren „ 8 „
 Regulateure u. Schlagw. „ 16 „
 Wanduhren, Nickel-Wecker, Ketten u.

Milchfäbel, Rannen, Satten, Waße, Tafelwaagen, Lampen, Nähapparate, Buttermaschinen, Butterknetter, Drehrollen.
Jordan, Al. Markstr. 28.
 Eine kleine **Holzdrechslerei** wird zu kaufen ges. Off. bitte unt. **O. P. 50** an d. Exped. d. Bl. einzufenden.
 Empfehle mein **8129***

Gutes Schankgeschäft mit Zahlstellen, Hauptstr. gelegen, billige Miethe, wegen Uebnahme eines Gasthofes zu verkaufen. Adressen **H. W. Postamt Wedding, Agenten** verbeten. 186b

Gardinen - Fabrik
 Großes Lager geflickter und engl. Tüllgardinen, Stores, weiß und creme. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. z. den billigst. Fabrikpreisen.
E. Knape aus Eutsch i. Sachsen
 Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

Roh tabak.
 Grösste Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bockfaçon, wieder vorrätig.
Heinrich Franck,
 Oranienstr. 185,

Möbel-Gelegenheitskauf
 zu außerordentlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nussbaum- u. Mahagoni-Kleiderstühle u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtoiletten, Küchenspenden, Kommoden 12 M.; Stühle 8 M.; Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaus 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneele, Sophas 80 M.; Buffets, Silber-schränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel (wenig gebraucht) zu halben Preisen und sollte es Niemand veräumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gelaupte Möbel werden bis November kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbel-Fabrik.

Kunstmann, Uhrmacher, Charlottenburg, Wallstr. 109. 2783b
Alte Stiefel, gr. Rußw. Best. u. Repar. reell u. bill.
Runge, Reichenbergerstr. 178. 201b
37 Als anerkannt reelle und **billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für Gold-, Silber-, Alfenidewaaren (Eg. Fabr.) goldene u. silberne Uhren** empfiehlt sich
H. Gottschalk, Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Arbeitsmarkt.
 Junger, tüchtiger Parteigenosse, mit der Buchführung vertraut, kautionsfähig, sucht in einer **Expedition, Redaktion, Buchhandlung** od. sonst wo Unterkommen. — Selbiger ist auch guter Redner. 197b
 Offerten bitte unter **F. K.** an die Exped. des „Vorwärts“.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Gewerbegerichtliches.

Großer Jammer über den Ausfall der letzten Gewerbegerichts-Wahlen Berlins speziell und über die Theilnahmlosigkeit der Arbeitgeber mit Bezug auf das Gewerbegericht und seine Praxis überhaupt, herrscht in den Kreisen derjenigen Berliner Unternehmer, welche an den Wahlen ein größeres Interesse nahmen. Aus einer bürgerlichen Blättern übermittelten Gefühls-äußerung des Vorstandes des Vereins der Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts geht das hervor. Das Schreiben interessiert in mehrfacher Beziehung. Es stellt fest, „daß die Arbeitgeber Berlins, der Stadt der Intelligenz, in ihrer großen Mehrheit eine so krasse Unkenntnis bezüglich der Gewerbegerichts-Fragen durch ihre Theilnahmlosigkeit bekundet haben, daß man sich nicht wundern dürfte, wenn daran die besten Absichten des Gesetzgebers scheiterten.“ Als „beste Absichten des Gesetzgebers“ versteht der Verfasser des Schriftstückes: 1. Durch die Errichtung von Hochgerichten eine schnelle, billige und sachgemäße Rechtsprechung herbeizuführen und 2. — das alte Lied — durch das ständige Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Ausgleich der schroffen Gegensätze herbeizuführen und dadurch im Laufe der Zeit die Legende zu zerstreuen, daß die Arbeitgeber kein Verständnis für die Bedürfnisse und die Nothwendigkeit haben, die Lage der Arbeiter zu verbessern. — Die „besten Absichten“ vereitelt sieht er durch die Wahl sozialdemokratischer Arbeitgeber. Denn er sagt: „Als Kandidaten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gewählte Arbeitgeber konnten nicht immer ihrer politischen Gesinnung sich entäußern, sondern brachten sie bei den Verhandlungen vielfach zur Geltung.“ Die sozialdemokratischen Arbeitgeber-Beisitzer haben es dem Verfasser des Herzogen-ergusses (der vernünftlich Herr Weigert, sein Unterzeichner, ist) durch ihr Dasein angethan. Deshalb die strenge, väterliche Strafpredigt gegenüber den indifferenter selbständigen Unternehmern, welchen (nach Herrn Weigert) „jeder Sinn und jedes Verständnis für die Interessen der Arbeitgeber abgeht“. Die Wiederwahl von drei und die Neuwahl von sechs sozialistischen Arbeitgebern schmerzt die „Massenbewußten“ Arbeitgeber, d. h. die ordnungsparteilichen, an deren Spitze Weigert steht. — Komisch wirkt, daß Herr W. gleich nach der abfälligen Kritik der sozialdemokratischen Arbeitgeberbeisitzer von den Arbeitnehmern (also auch Sozialdemokraten) sagt, mit Unrecht würde ihnen die Verantwortung für unbillige Urtheile (Verurtheilungen von Unternehmern sind gemeint) aufzuladen versucht; die Arbeiter seien an sich bemüht, das Rechte zu finden und hätten durch ihre bisherige Thätigkeit als Beisitzer dies bewiesen. — Die armen sozialdemokratischen Arbeitgeber! Ob sie sich nun ein Beispiel an ihren Kollegen aus der Kategorie der Arbeitnehmer nehmen werden? — Die verschiedene Beurtheilung der sozialistischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Gewerbegericht ist total falsch. Schon deshalb, weil der als Richter fungierende Arbeitgeber, der sozialistischen Anschauungen huldigt, einem beklagten Arbeitgeber nicht zu Unrecht weh, weil er selber Arbeitgeber ist. Und er sollte, nach Weigert, eher zu Ungerechtigkeiten gegenüber Arbeitgebern neigen, wie der mit den entgegengegesetzten Interessen behaftete Arbeiter? — Unsinn! Unseren Lesern braucht kaum versichert werden, daß ein Sozialdemokrat, der sich zur Anwendung heutiger Rechts bereit stellt, dieses Recht nicht beugt, sondern es „nach bestem Wissen und Gewissen“ auslegt. — Betreffs der Herrn Weigert misliebigen Urtheile, die zum Theil durch die Worte des Erkenntnisses: „Die Mehrheit des Gerichts war der Ansicht“, als solche kennlich sein sollen, und nach ihm von sozialdemokratischen Mehrheiten gefällt wurden, wird thatsächlich nur durch jenen Vermerk bewiesen, daß der Vorsitzende überstimmt wurde, weil die Mehrheit des Gerichts „das Recht“ anders wie er auslegte. Und sind nun eine ganze Reihe von Fällen zu Ohren gekommen, in denen Anhänger der Richtung Weigert zu der den Beklagten verurtheilenden Mehrheit gehörten, welche der Anschauung des juristischen Vorsitzenden nicht Recht gaben. — Die Behauptung, Beisitzer hätten ihren parteipolitischen Standpunkt zur Geltung gebracht, ist schon mit Rücksicht auf die Materie hinfällig, mit welcher das Gewerbegericht sich zu befassen hat. Es ließe sich doch wohl nur von einer Verhüttung des Klagen-gefühls, des Klagenstandpunktes, der Klagen vorurtheile reden, wie sie sich durch die verschiedene gesellschaftliche Stellung der Einzelnen ohne Einfluß politischer Anschauungen herausbilden. J. W. bei den Fragen, ob eine bestimmte Handlung als unbefugtes Verlassen der Arbeit, oder ob eine andere als grobe Verleumdung des Arbeitgebers oder des Arbeiters u. s. w. anzusehen sei und als Entlassungsgrund in Frage komme. Es läßt sich getrost, ohne seine parteipolitische Stellung zur Geltung zu bringen, behaupten: Ging nach der Richtung jemand zu weit, dann waren es die Vertreter der ordnungsparteilichen Arbeitgeberkreise, die im Gericht saßen. So manches Urtheil, das der Kritik sehr, sehr bedürftig erschien, war nun dadurch möglich. Der ausschlaggebende Vorsitzende fühlte dann als Angehöriger der „Oberklasse“, wie Strindberg sagen würde, mit den aus demselben gesellschaftlichen Holze geschnittenen Arbeitgebern. Leider ist ja zu konstatiren, daß nicht alle Vorsitzenden des Gewerbegerichts befähigt sind, der ihnen zugewiesenen Rolle der Unparteilichen im idealsten Wortsinne gerecht zu werden. Weigert liest nicht nur den Arbeitgebern Berlins gehörig wegen ihrer Gleichgültigkeit den Text, er kritisiert auch scharf ihre Unkenntnis der einschlägigen Gesetze. Hören wir, was er sagt. „Auch die mündlichen Verhandlungen vor dem Gewerbegericht haben in tausenden von Fällen ergeben, daß den meisten Arbeitgebern Berlins selbst die elementarsten Kenntnisse der neueren, ihr Gewerbe betreffenden Gesetze abgehen, und daß der geringste Arbeiter mehr Verständnis zur Gerichtsstelle bringt, als mancher angesehenen Fabrikherr. Hierfür giebt es eine einfache Erklärung. Der Arbeiter informiert sich vorher auf seinem Gewerkschaftsbureau, wo ihm nach jeder Richtung gratis Auskunft und Beistand gewährt wird.“ — „Der Arbeitgeber schaut häufig das Risiko einer Ausgabe von 250 M. für ein Exemplar der Reichs-Gewerbe-Ordnung und ist zu stolz, um sich Auskunft von einem besser bewanderten Kollegen zu erbitten; und wenn er dann, geschädigt an seinem Geldbeutel, vom Gewerbegericht geht, besteht er nicht etwa sozial Selbsterkennniß, einzugehen, daß er selbst das Urtheil verschuldet hat, sondern er behauptet selbst und fest, daß ihm Unrecht geschehen sei.“ — So Herr Weigert, der Generalisimus der ordnungsparteilichen Arbeitgeber-Beisitzer des Berliner Gewerbegerichts über seine Standesgenossen in Berlin.

Ein bürgerliches Blatt macht folgende treffende Bemerkung zu dem Sendschreiben Weigert's: „Alle Welt führt die Bekämpfung der Sozialdemokratie“ im Munde. Wenn man aber sieht — was Eingeweihte längst wissen — mit welcher Gleichgültigkeit die Leute von „Besitz und Bildung“ der praktischen Handhabung der sozialen Gesetze gegenüberstehen, mit welcher Gleichgültigkeit sie es auch hinnehmen, daß man sich in Arbeiterkreisen um diese Dinge mit mehr Interesse und mit mehr Verständnis bekümmert, dann macht das gerade vom „Kampf mit geistigen Waffen“ einen ziemlich traurigen Eindruck.“ Wir quittiren über die Jugendsünden Weigert's und die zitierten Neußerungen des bürgerlichen Blattes mit einem Glück-auss! für die Sozialdemokratie.

Gerichts-Beitrag.

Eine sehr aufregende Szene spielte sich gestern im Sitzungssaal der 8. Strafkammer des Landgerichts I ab. Ein lächelnder Angeklagter, der Schlichter Hugo Schulz hatte sich wegen Kuppelei zu verantworten, nachdem er erst kürzlich wegen desselben Vergehens zu acht Monaten Gefängnis verurtheilt worden war. Der Gerichtshof verhängte über ihn eine Zusatzstrafe von einem Jahr Gefängnis. Unmittelbar nach der Verkündung des Urtheils blinnte plötzlich ein Messer in der Hand des Angeklagten und dieser versuchte sich die Pulsadern aufzuschneiden. Der Gerichtsdienner bestrebt sich energisch, ihn an der Ausführung dieses Planes zu verhindern, der Angeklagte bedrohte ihn aber mit dem Messer, mit welchem er während unruhig umherjuchelte. Erst einem Schussmann, der dem Angeklagten mit seinem Säbel über die Hand schlug, gelang es, ihn kampfunfähig zu machen. Das Messer, welches zur Erde fiel, war ein kurzes, scharfes Messer, wie es im Untersuchungsgefängnis zum Kartoffelschälen benutzt wird. Wie es in den Besitz des Angeklagten gekommen ist und wie dieser es vor der Kontrolle verborgen hat, hat sich nicht aufklären lassen. Der Angeklagte hat sich ernstliche Verletzungen nicht beigebracht, er ist nur dazu gekommen, sich die Sehnen am Handgelenk bloßzulegen, dagegen hat er in der Aufregung die Pulsadern nicht getroffen.

In Betreff der Sonntagsruhe hat dieser Tage das Richter-Schöffengericht eine eigenartige Entscheidung gefällt. Die Viktualienhändlerin Johanna Schulz aus Brix war angeklagt, gegen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe dadurch verstoßen zu haben, daß sie Nachmittags ihren Laden offen hielt. Ein Gendarm hatte eine Kundin im Laden bemerkt und daher Anzeige erstattet. Die Angeklagte bestritt, der betreffenden Frau etwas verkauft zu haben und es konnte ihr das auch nicht nachgewiesen werden. Der Gerichtshof gelangte daher zur Freisprechung der Angeklagten, weil nach den gesetzlichen Bestimmungen wohl der Handel während der gebotenen Ruhezeit mit Strafe bedroht sei, nicht aber das Offenhalten der Läden. Die letzteren müßten nach anderen Bestimmungen lediglich während des Hauptgottesdienstes geschlossen bleiben, in dem zur Anlage stehenden Fall sei der Laden aber nach dem Hauptgottesdienst geöffnet gewesen, mithin könne eine Bestrafung der Angeklagten nicht erfolgen.

Wenn Feuerversicherungs-Anstalten zahlen sollen. Die Mittheilungen für die öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten theilen folgendes Reichsgericht-Erkenntnis vom 8. Januar 1894 mit, betr. Nichtanwendbarkeit einer Versicherungsbedingung wegen Verstoßes gegen die guten Sitten in besonderen Falle. Die „Bedingungen“ einer Feuerversicherungs-Gesellschaft enthielten u. a. die folgende Bestimmung (§ 11): „Die Entschädigungssumme ist dem Versicherten binnen Monatsfrist, nachdem ihr gesamteter Betrag und die Verpflichtung der Gesellschaft zur Zahlung durch Anerkenntnis beider Theile, Vergleich oder rechtskräftiges Urtheil festgestellt ist, bar zu zahlen.“ Ein Versicherter hatte nun Anspruch auf Entschädigung; die Gesellschaft wollte ihm nur wenig über die Hälfte der von ihm geforderten Summe zugestehen, es mußte also Klage erfolgen. Da der Geschädigte total abgebrannt und in Geldverlegenheit war, erließ das Gericht ein auf die von der Gesellschaft ihm zugewiesene Summe lautendes Theilurtheil. Dieses wurde aber von Seiten der Versicherungs-Gesellschaft unter Bezugnahme auf die obige Bestimmung beanstandet und die Versicherungs-Gesellschaft legte Berufung und später Revision ein, wurde aber in allen Instanzen mit ihren Ansprüchen abgewiesen. In dem Urtheile des Reichsgerichts hieß es: „Es ist nicht zu beanstanden, wenn das Berufungsgericht thatsächlich annimmt, daß die Beklagte hierbei die Absicht unterhält, den § 11 gegen die Nothlage, in welcher sich die Kläger befinden, als Druckmittel zu benutzen, um die Kläger zur Aufgabe ihrer weiteren Ansprüche zu nöthigen, und daß sie eben deswegen unberechtigt die Erfüllung des nach ihrer eigenen Behauptung rechtsverbindlich festgestellten Gesamtschadens verzögert, so daß die Geltendmachung jener Vertragsklausel in diesem Falle den guten Sitten widerspricht. Ein solches Verfahren ist von den Gerichten nicht in Schutz zu nehmen.“

Ein Streit um Kriegsmedaillen. Vor einer Abtheilung des Schöffengerichts am Amtsgericht I ereignete sich heute der seltene Fall, daß ein Angeklagter gezwungen wurde, die „Ehrenzeichen“, die seine Brust „schmückten“, abzulegen. Der betreffende Angeklagte war mit noch drei Komplizen wegen Fehleri angeklagt und trug die Bänder der Kriegs-Denkmalen von 1866 und 1870/71 im Knosloch. Staatsanwalt Strehler beantragte, dem Angeklagten anzugeben, die Medaillen abzulegen, da derselbe nach Ausweis der Akten im Jahre 1884 mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft worden sei. Der Angeklagte protestirte dagegen und behauptete, daß er zum Tragen der Ehrenzeichen berechtigt sei, da er inzwischen wieder in den Besitz der Ehrenrechte gelangt sei. Der Vorsitzende bedeutete ihm aber, daß nach § 33 des Strafgesetzbuchs die Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte den dauernden Verlust der öffentlichen Ämter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen nach sich ziehe und der Angeklagte sich des „unbefugten Tragens von Ehrenzeichen“ schuldig machen würde, wenn er solche künftig wieder anlegen sollte.

Versammlungen.

Im sozialdemokratischen Wahlverein für den vierten Berliner Wahlkreis (Wörlitzer Viertel) hielt am 2. Oktober Genosse Stadthagen einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Dampfungsfeld, Polizei und Brandwehretter“. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, da dem Vortrage doch nur allseitig zugestimmt werden konnte.

Vereinsangelegenheiten gaben gleichfalls zu keiner Debatte Anlaß, insolge dessen der Schluß der Versammlung eintrat.

Im Fachverein der Uhrmacher und verwandter Berufs-genossen sprach am 22. September Kollege Waagner über die Ursachen der Verbrennen. Nach einer kurzen Diskussion, an der sich die Kollegen Lüdert und Räther betheiligten, geht die Versammlung zum Punkt Verschiedenes über. Einige Kollegen äußern sich mißfällig, daß Mitglieder dem Verein angehören, die den Interessen der Organisation zuwiderhandeln. Diese Angelegenheit soll in der Generalversammlung zur Sprache kommen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, die am Sonnabend, den 6. Oktober, stattfindende Generalversammlung recht zahlreich zu besuchen, da sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen.

Im Fachverein der Klempner referirte am 24. September der Genosse Hofmann in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Wie stellt sich der Staat zum Proletariat“. In der Diskussion beifällig wurde dem Beitritt in die Organisation. Die Angelegenheit Pletschmann und Schulz wird, da noch weitere Recherchen unternommen werden, vertagt.

Die Knopfarbeiter hatten am 24. September ihre regelmäßige Mitgliederversammlung einberufen, in der Kollege Höpfig aus der Broschüre „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse“ eine Vorlesung hielt. Zur Verhandlung kamen sodann einige gewerbliche Angelegenheiten. Zum Schluß wird bekannt gegeben, daß die Versammlungen jeden Montag nach dem 15. des Monats stattfinden.

Eine Mitgliederversammlung der Filiale „Nord“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes tagte am 25. September in Reichert's Feisalen. Fräulein Baader referirte über das Thema „Klassenmoral“. Die Interessanten mit treffenden Beispielen belegten Ausführungen fanden in der Versammlung allseitig Zustimmung. Die darauffolgende Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Sodann erstattete Kollege Hofmann den Bericht über die Brandenburger Metallarbeiter-Konferenz, dem Kollege Bösch noch einige Ergänzungen hinzufügte. Unter Verbandsangelegenheiten forderte der 1. Bevollmächtigte die Anwesenden auf, sich recht regen an den Sammlungen für die im Streit befindlichen Gättrower Kollegen zu betheiligen; er gab weiter bekannt, daß am 27. Dezember d. J. eine Urania-Vorstellung stattfindet, wozu Billets vom Kassirer entnommen werden können. Kollege Friede vermahnte sich entschieden gegen das Gerücht, er sei in Gättrow gewesen. Nach einem Appell an die Kolleginnen und Kollegen, fleißig wie bisher für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu agitiren, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Bergarbeiter hielt am 30. September eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Höpfer über die von der Filiale Berlin zur Generalversammlung gestellten und von der Kommission ausgearbeiteten Anträge referirte. Die Kommission hat die Anträge — Regelung der Reiseunterstützung und Einführung der Arbeitslosenunterstützung — beifällig genehmigt und in die Statuten in Paragraphen gefeindet und diese Punkte in ausführlicher Weise behandelt. Die Paragraphen wurden einzeln berathen und mit einigen kleinen Änderungen angenommen. Um die den Mitgliedern gebotenen Unterstützungen durchzuführen zu können, empfiehlt die Filiale Berlin eine Erhöhung der wöchentlichen Beiträge von 15 Pf. auf 25 Pf. Folgende vom Kollegen Höpfer gestellte Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Statutenentwurf der Kommission bezüglich der Anträge zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und Regelung der Reise-Unterstützung einverstanden. Die Versammlung verpflichtet sich dahin zu wirken, daß der nächste Kongress der Bergarbeiter Deutschlands sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigt, um dadurch unsere Organisation zu stärken. Zu diesem Zweck werden die Filialen aufgefordert, sich vor dem Kongress eingehend mit diesen Fragen zu beschäftigen, um dem Kongress genügendes Material zu unterbreiten. Die Versammlung beschließt ferner, da der Neunstundentag, die Abschaffung der Akkordarbeit und ein den örtlichen Verhältnissen entsprechender Lohnsatz nur durch eine starke, leistungsfähige Organisation zu erreichen sind, möge der Kongress dazu Stellung nehmen, wie unter den noch fernstehenden Kollegen eine bessere Propaganda für unsere Bestrebungen zu betreiben ist.“

Eine Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes (Branche der Parquetbodenleger) fand am 30. September bei Schöning, Stallschreiberstraße, statt. Leider ließ der Besuch — wohl infolge der zur Zeit bestehenden mißlichen Arbeitsverhältnisse — sehr zu wünschen übrig. Nach eingehender Erörterung und Erledigung der Tagesordnung wurde beschlossen, jeden Sonntag vor dem Ersten im Monat eine Versammlung einzuberufen. Die nächste findet demnach am 28. Oktober statt.

Die Arbeiter-Bildungsschule (Süd-Ost) hielt am 30. September eine sehr gut besuchte Versammlung in den Oranienhallen, Oranienstr. 51 ab, in der Dr. Bernstein über: „Der Alkoholismus eine Kulturgefahr“ referirte. Redner schilderte in großen Zügen die verderbliche Wirkung des Alkohols auf den Menschen, sowie die damit Hand in Hand gehende Degeneration der Volksmassen, zum Schluß betonend, daß es auch hier wiederum die ausläurende, siegende Sozialdemokratie sein wird, welche, durch Schaffung besserer Existenzbedingungen, Wandel schaffen wird. Eine Diskussion fand nicht statt. Nachdem noch der Vorsitzende zum regen Besuch der Schule aufgefordert und bekannt gegeben, daß es jedem Genossen gestattet ist, zur besseren Orientirung, eine Woche hindurch den Unterricht unentgeltlich zu besuchen, nahm Genosse König das Wort, um den Lehrplan zu erläutern, und zum Beitritt sowie regen Agitation für die Schule aufzufordern. Dieser Aufforderung lauten mehrere der Anwesenden nach, indem sie der Schule als Mitglieder beitreten.

Die Freie Vereinigung der Maler, Lackier und Anstreicher (Filiale IV) hörte in ihrer Mitglieder-Versammlung am 2. Oktober ein Referat des Genossen Hamacher über das Thema: „Die historische Entwicklung des Königthums.“ Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit Vereinsangelegenheiten. Die Quartalsabrechnung wird von den Revisoren bestätigt, und sodann ein Antrag der Filiale Nordhausen beraten, der die Beitragspflicht für frante und arbeitslose Mitglieder aufheben will. Der Antrag wird angenommen. Für den Posten eines Bibliothekars wird der Kollege Roland gewählt, und zu Bibliothekaren die Kollegen Guind und Schedinski ernannt. Es wird bestimmt, daß der Ueberschuß vom Sommerfest der Bibliothek überwiesen wird.

Eine öffentliche Tapeziererversammlung, welche am 3. Oktober tagte, nahm den Bericht über den Stand des Streits

